

Planung und Zukunft

Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)

Die MA 14 versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und kompetenter Berater, der sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen orientiert und die Abteilungen und Dienststellen des Magistrats – die KundInnen der MA 14 – beim bürgernahen Handeln unterstützt.

Die MA 14 versteht sich aber auch als Gestalter des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) im Magistrat Wien, der die ICT-Strategien entwickelt, abstimmt und deren Einhaltung kontrolliert. Die Dienstleistungen werden im Rahmen klar definierter Leistungs-, Termin- und Kostenvereinbarungen zwischen den Fachabteilungen und der MA 14 erbracht. Dabei werden die Erfordernisse der Fachabteilungen, die Wirtschaftlichkeit sowie die Kosten-/Nutzen-Relationen berücksichtigt. Wenn es im Gesamtinteresse des Magistrats liegt, tritt die MA 14 auch als aktiver Anbieter von Leistungen auf.

WIPIS (Wiener Integriertes Personal Informations-System)

WIPIS ist das zentrale System für Personalverwaltung und Lohnverrechnung im Magistrat. Die Bearbeitung in diesem System erfolgt durch Dienstaufsicht, Personalverwaltung, Besoldung und Wiener Wohnen.

Im Jahr 2000 konnten erstmalig alle Bediensteten über WIPIS abgerechnet und verwaltet werden. Es wurde der Wegfall aller schriftlichen Erledigungen zwischen Besoldung und Personalverwaltung realisiert. Ebenso konnte der Schriftverkehr zwischen den Personalverwaltungsstellen durch den Einsatz von WIPIS erheblich reduziert werden. Derzeit werden ca. 109.000 Personen in WIPIS verwaltet und abgerechnet.

Für eine Abrechnung in einem Kalendermonat müssen durchschnittlich 330.000 Monate berechnet werden. Pro Monat werden ca. 150.000 Änderungen in WIPIS verarbeitet. Die Änderungen aus den Dienststellen bezüglich Nebengebühren und Absenzen werden von den dezentralen Systemen VIPER und DEZPV übernommen. Die Nebengebühren werden einmal monatlich und die Absenzen täglich nach WIPIS übernommen. Der Datentransfer von WIPIS nach VIPER erfolgt, geschäftsfallspezifisch und Personalstellenweise getrennt, online.

Die Zugriffe (lesend und schreibend) in WIPIS pro Woche belaufen sich auf ca. 100.000.

Für die Datenbanken (ADABAS) in WIPIS werden rund 45 GB Speicherplatz benötigt. Die Daten für die Auswertungen für Besoldung und Verwaltung werden auf einer Oracle-Datenbank mit einem Umfang von 30 GB zur Verfügung gestellt.

VIPER (Verwaltung Integrierter Personaldaten)

VIPER ist ein modernes, anwenderorientiertes EDV-System zur Verwaltung von Personaldaten am PC. Durch den Einsatz der Windows-Technologien trägt diese Applikation den wachsenden Anforderungen einer Personalstelle Rechnung. Vier Monate vor dem Produktionseinsatz wurden die Startgespräche mit den einzelnen Dienststellen im Beisein von VertreterInnen der Magistratsabteilungen 2 und 3, der Personalstellen, der EDV-AnsprechpartnerInnen und der FachbereichsbetreuerInnen in der Dienststelle initiiert. Dort wurden die notwendigen Maßnahmen und die Termine für Schulungen, Testbetrieb und Produktionseinsatz festgelegt. Die Einrichtungen der Testbetriebe und die parallel dazu stattfindenden Schulungen wurden zwei Monate vor dem geplanten Produktionseinsatz durchgeführt. Während des Testbetriebs und kurz vor dem Produktionsbetrieb wurden Vor-Ort-Betreuungstermine (Mobiler Einsatz) vereinbart und auch umgesetzt.

Workflow

Im Berichtsjahr 2000 wurde der Einsatz von Standard-ELAK und somit die Ablöse der alten PROFI-Protokollierung weiter forciert. Zusätzlich wurden einige abteilungsspezifische Applikationen auf Basis des Workflow-Systems FABASOFT Components realisiert. Besonders hervorzuheben ist hier der Einsatz des „Zentralen Beschwerdemanagements“ für die Magistratsdirektion-Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH). In dieses abteilungsübergreifende System sind derzeit außer der MDH selbst und dem Bürgerdienst drei weitere Abteilungen eingebunden. Für 2001 sind zusätzliche Teilnehmer geplant.

Wiener Wohnen – Workflow

Im Jahr 2000 wurde ein weiteres Kundendienstzentrum von Wiener Wohnen (11., Simmeringer Hauptstraße 108a) ausgestattet und eröffnet.

Die Basisfunktionen eines Data-Warehouses wurden umgesetzt und dienen zur Unterstützung des internen Controllings durch die Direktion. Die Entwicklung des Bestellscheinwesens (d. h. die automatische Beauftragung der Kontrahenten von Wiener Wohnen per Fax bzw. Mail) wird abgeschlossen und kommt Anfang 2001 zum Einsatz.

SAP-Einsatz im Magistrat

Mit SAP wird eine Verknüpfung betriebswirtschaftlicher Abläufe über organisatorische Grenzen hinweg zu durchgängigen Geschäftsprozessen erreicht. Damit werden die Organisationseinheiten redundanzfrei bei der Abwicklung ihrer Geschäftstätigkeit unterstützt. Die enge Verknüpfung zwischen dem Güter- und dem Finanzkreislauf des Unternehmensbereichs ermöglicht umfangreiche Auswertungen nach verschiedensten Kriterien. Dadurch wird ein effizientes Controlling möglich, welches organisationsübergreifend eingesetzt werden kann. Charakteristisch ist die Einheit zwischen Mengen- und Wertefluss. Daten aus dem Logistikbereich werden dort, wo es erforderlich ist, direkt an das Rechnungswesen zur Weiterverarbeitung übergeben. SAP wird bereits in 9 Dienststellen innerhalb des Magistrates eingesetzt, 5 weitere Dienststellen werden auf den SAP-Einsatz vorbereitet.

Projekt „Digitale Plandokumente“

Die Zeichenarbeiten für die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans gemäß Bauordnung sind auf moderne Arbeitstechniken der Grafischen Datenverarbeitung umgestellt worden. Vom Plandokumententwurf bis zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat können nun Plandokumente automatisch gezeichnet und digital gespeichert werden.

GIS Internetdienste „Stadtplan mit Adressuche“

Der Auskunftsdienst liefert einen Umgebungsplan zum gewünschten Bezirk oder Standort am Bildschirm. Ergänzend zur Suche nach Hausadressen gibt es erstmalig auch die Suche nach Objektbezeichnungen. Dies konnte durch die „Geocodierung“ von Objekten erreicht werden, die für verschiedene Objektklassen (z. B. Schulen, Theater, Kirchen, Denkmäler, Sportplätze, Bäder, Spitäler, Behörden usw.) digital gespeichert worden sind. Mit durchschnittlich 60.000 Anfragen pro Tag belegt dieser Auskunftsdienst den Spitzenplatz unter den Internetdiensten des Magistrats.

Grafische Informationssysteme

- Laptop-Version des Feuerwehrinformationssystems GRISU (Graphical Information System for Urgencies) für den mobilen Einsatz: Die Adressuche und geografische Analysen mit dem elektronischen Stadtplan – Funktionen, die bisher nur in der Einsatzleitzentrale am Hof verfügbar waren – können von nun ab auch im Einsatzfahrzeug genutzt werden.
- Grafisches Friedhofsinformationssystem (WIFIS): Ein Auskunftssystem für die Friedhöfe mit digitaler Speicherung der Lage der einzelnen Gräber wird aufgebaut.

ISBA (Informations-System Bauen)

Beginnend mit März wurde der Einsatz der Client-Server-Applikation winISBA – Version 1.0 in den Bauabteilungen des Magistrats, des Krankenanstaltenverbundes und der Wiener Stadtwerke durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden 36 Schulungen für 344 Anwender organisiert und betreut.

Gemeinsam mit der Magistratsdirektion-Baudirektion (MD-BD) Dez. 5 wurde Anwenderunterstützung geleistet, wobei die MD-BD Dez. 5 den Großteil des First-level-supports übernehmen konnte. Die Anwenderunterstützung durch die MA 14 selbst bestand hauptsächlich in der Unterstützung bei der Erstellung und Verteilung von Leistungsbeschreibungen, in der Erstellung von speziellen Auswertungen und in der Unterstützung beim Datenträgeraustausch.

Der funktionale Umfang der Version 1.0 ist für die Erfüllung der Standardaufgaben in den Bereichen Ausschreibung und Angebot ausreichend, es fehlen aber noch wesentliche Funktionen, die im Vorgängerprodukt ISBA (VAX) enthalten waren und die zum Großteil Bestandteil der Version 1.1 sind. Der Produktionseinsatz von winISBA 1.1 wird im 1. Quartal 2001 erfolgen. Ab dem 2. Quartal 2000 begannen Planungs- und Beauftragungstätigkeiten für die Version winISBA 1.2, deren Schwerpunkt die Unterstützung von Teilausschreibungen und Angeboten ist. Diese Version wird nach Einsatz der Version 1.1 zum Test gelangen und voraussichtlich im 3. Quartal 2001 eingesetzt werden können. Im 4. Quartal 2000 wurde die Konzeption für das Projekt „Ausschreiben im Internet“ in Angriff genommen.

Personendatenbank

Neben der laufenden Wartung und Betreuung der MA 62 (wie z. B. bei der Durchführung der Schöffenauswahl 2000) lag der Schwerpunkt der EDV-Tätigkeit im Bereich Personendatenbank in der Vorbereitung der Abwicklung der Volkszählung sowie der Übernahme des Meldewesens aus der Kompetenz der Bundespolizei in die des Magistrats der Stadt Wien.

In diesem Zusammenhang erfolgte im März 2000 aus dem Datenbestand des Zentralen Meldeamtes (ZMA) Wien die Übernahme sämtlicher weiterer Wohnsitze von Personen, die in Wien keinen Hauptwohnsitz haben, in die Wiener Personendatenbank. Dieser Abgleich wurde weitgehend automatisch durchgeführt, wobei für die Behandlung der Problemfälle eine eigene Applikation geschaffen wurde, mit deren Hilfe die ZMA-Daten denen aus der Personendatenbank gegenübergestellt werden können und eine Datenübernahme möglichst effizient händisch durchgeführt werden kann. In diesem Zusammenhang wurde die MA 62 auch weitgehend bei der Abwicklung der Reklamationsverfahren unterstützt.

Fremdengesetz

Neben der laufenden Wartung und Betreuung der für die Ausstellung der Aufenthaltstitel eingesetzten ADABAS/NATURAL-Applikation wurden im Jahr 2000 folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Der Einsatz des Online-Archivs PAM-Storage in der Außenstelle 4.4 stellt einen weiteren Schritt in Richtung „papierloses Büro“ dar, wobei auf eine möglichst effiziente Anbindung der Archivfunktion besonderer Wert gelegt wurde. Die Bildbearbeitung ist direkt mittels Funktionstaste aus der Aktbearbeitung aufrufbar, wodurch sich aufgrund der automatischen Übernahme der Schlüsselbegriffe aus der Fallbearbeitung in das Archiv der erforderliche Mehraufwand für den Sachbearbeiter in Grenzen hält und zusätzlich die Fehlerwahrscheinlichkeit minimiert wird. Der flächendeckende Einsatz des Archivsystems ist für 2001 vorgesehen.
- Weiters wurde die Verwaltung der Drucksorten am Host durch einen effizienten Einsatz von Microsoft Word weitgehend abgelöst, wodurch mit der Verlegung der Gestaltung und Formatierung in die MA 20 der Verwaltungsaufwand der erforderlichen Formulare in der MA 14 deutlich reduziert werden konnte.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der MA 20 wurde im Rahmen mehrerer kleinerer Projekte (z. B.: Erstellung der Integrationszeitung) EDV-technisch unterstützt.

Großzählung 2001

Für die Probezählung 2000 wurde die Applikation aus dem Jahr 1991 adaptiert. Die gewonnenen Erfahrungen aus der Probezählung dienten neben den geänderten Randbedingungen als Ausgangsbasis für die notwendigen Veränderungen der Applikation für die EDV-technische Administration der Großzählung 2001. Die EDV-technische Unterstützung der Großzählung 2001 teilt sich grob in 3 Phasen auf.

- Phase 1: Zählungsvorbereitung
Diese umfasst die Zählererfassung, die Zuordnung der Objekte der Statistik Austria zu den Wiener Adressen, die automatische Sprengleiteilung mit Hilfe der Grafischen Datenverarbeitung, die Erstellung der Zählerunterlagen.
- Phase 2: Kontrolle der Zählergebnisse
Diese umfasst die Personenkontrolle, die Nacherhebung, die Vollständigkeitskontrolle, die Erfassung der Abrechnungsgrundlagen, die Zählerabrechnung.
- Phase 3: Nachbearbeitung
Dabei handelt es sich um die Aufbereitung der Zählungsergebnisse für die Übergabe an die Statistik Austria und für die „Reklamationsbearbeitung“ in der MA 62.

Call Center der MA 14

Im Bereich der Störungsannahme wurde mit Beginn des Jahres 2000 das neue Call Handling System inklusive einer Telefonintegration in Betrieb genommen.

Für die hauptsächlich internen KundInnen ergeben sich dadurch die Vorteile einer wesentlich professionelleren Annahme und Administration ihrer Anliegen. Bei einem Anruf bei der Nebenstelle 9815 haben sie die Möglichkeit, vier verschiedene Bereiche auszuwählen.

Einer davon ist der neu ins Leben gerufene Info Desk. Hier werden Anfragen bzw. Urgenzen über bereits gemeldete EDV-Probleme kanalisiert, weitergeleitet und das Ergebnis an die KundInnen kommuniziert.

Für die BearbeiterInnen ergeben sich Vorteile in Bezug auf Information, History und Dokumentation. Bei Annahme eines Anrufs wird automatisch ein Ticket erstellt und mit wichtigen Daten bereits vorausgefüllt. Alle diesbezüglich bereits gemeldeten Störungen sind in einer Geräte- oder Benutzerhistory sofort verfügbar. Administrative „Ausfüllvorgänge“ wurden somit vermindert und der Agent kann sich der eigentlichen Problembearbeitung widmen.

Um einen Überblick über die momentane Auslastung des Call Centers zu erhalten, sind auf jedem Arbeitsplatz Informationen wie Agentenverfügbarkeit und Anzahl der wartenden Kunden jederzeit transparent.

Aufgrund der damit gemachten positiven Erfahrungen wurden im vorigen Jahr teilweise auch EDV-ReferentInnen mit dieser Lösung ausgestattet. Im Bereich der MA 11 wurde sogar ein eigenes abteilungsinternes Call Center für EDV-Probleme implementiert. Dies ist jedoch Teil der Gesamtlösung und kann Calls jederzeit an die Zentrale weiterleiten oder diese als Unterstützung anfordern.

WELCOM – Wiener Electronic Commerce

1999 wurde das Projekt WELCOM – Wiener Electronic Commerce ins Leben gerufen. Die Stadt Wien fasste im Rahmen dieses Electronic-Commerce (EC-)Schirmprojekts alle diesbezüglichen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte innerhalb des Magistrats der Stadt Wien zusammen. Dabei sollten Synergien erkannt, Parallelaktivitäten vermieden und eine einheitliche Infrastruktur geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurden Geschäftsfälle ausgewählt, die den Kriterien der Kooperation von Wirtschaft und Verwaltung sowie der Schaffung von E-Commerce-Infrastruktur entsprachen. Das Ziel war, die Umsetzung von organisationsübergreifenden Geschäftsfällen sowie ein verbessertes Service zum Bürger durch die Verwendung von Internetanwendungen zu schaffen.

Folgende Projekte wurden realisiert:

- Grundsteuer, Müllabfuhrabgabe, Wasser- und Abwassergebühr können von Hausverwaltungen in elektronischer Form abgeholt und in der eigenen EDV elektronisch weiterverarbeitet werden.
- Gewerbeanmeldungen können über das Internet eingebracht werden.
- An 38 Stellen im Magistrat wurden Bankomatassen installiert.
- Öffentliche Ausschreibungen der Stadt Wien, die nicht EU-weit ausgeschrieben werden müssen, werden über das Internet bereitgestellt.
- Grafik- und Statistikdaten werden in einem Onlineshop zum Verkauf angeboten.
- Seit Ende Oktober ist die Erstanmeldung bzw. die Verlängerung des Parkpickerls im Internet verfügbar.
- Daneben können noch Erklärungen, Bestellungen und Rechnungen elektronisch abgewickelt werden.

Wesentlich war die Realisierung eines E-Commerce-Servers zum Datenaustausch mit der Wirtschaft sowie die Umsetzung eines Onlinepaymentservices als einheitliche Infrastruktur.

EU-Tätigkeiten 2000

- InfoCities und Infosond konnten auch administrativ abgeschlossen werden. Die Schlusszahlungen sind eingelangt.
- EU-Spirit, VituHalls – die Tätigkeiten der MA 14 wurden in den Reviews nur marginal behandelt, da der hohe Status der IT allgemein bekannt ist.
- Das Projekt EDEN konnte nach langwierigen Verhandlungen positiv abgeschlossen werden (Projektbeginn 2/2001).
- Im ersten halben Jahr konnten insgesamt sechs positive Beteiligungen für andere Dienststellen in drei Programmen (IST, TenTelekom, eContent) erreicht werden – 2 von 3 Einreichungen waren erfolgreich.
- Es wurden erste Aktivitäten gesetzt, um an der Detailprogrammgestaltung im Interreg und CARDS Programm in den Folgejahren Aktivitäten zu setzen.
- TeleCities: Die Bewerbung um die Präsidentschaft wurde erfolgreich unterstützt. Wien hat die Präsidentschaft für 2001 und 2002 erhalten.
- MajorCities: Die Beitrittsverhandlungen wurden erfolgreich abgeschlossen. Es wurde bereits um die Ausrichtung des jährlichen Kongresses angefragt.
- Dissemination: Die IT-Leistungen der Stadt Wien wurden auf Konferenzen (TeleCities, MajorCities, IFIP, DEXA, TenTelekom, PVA u. a.) präsentiert.

Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

Die „beste“ Planung ist wertlos, wenn sie nicht von jenen, für die sie gemacht wurde, mitgetragen wird. Planung wird immer mehr zu einem partnerschaftlichen Vorgang, bei dem es vorrangig auf das Einvernehmen aller Beteiligten und Betroffenen ankommt, um letztlich einen Konsens über den besten Weg und damit eine möglichst weitgehende Akzeptanz bei der Umsetzung dieser Planungen zu erzielen. Fachliche Grundlagen spielen dabei sicher eine wesentliche Rolle, die Fachleute sollen aber Partner der unterschiedlichen interessierten und betroffenen Bevölkerungsgruppen sein. Für derartige partnerschaftliche Planungsansätze sind in Österreich noch nicht genügend Erfahrungen vorhanden. Im Interesse einer Arbeitsweise, die zukunftsorientierte und – auch im Sinne der Agenda 21¹⁾ – zu Recht als nachhaltig zu bezeichnende Ergebnisse sichern soll, wurden derartige Planungsverfahren durchgeführt und immer mehr Partner mit immer kontroversielleren Interessenschwerpunkten eingebunden.

Wesentliche Schritte in diese Richtung waren der „Stadtdialog“ im Zusammenhang mit dem „Strategieplan für Wien“ und die Planungen für die Verlängerungen der U-Bahnlinie U2 oder auch Überlegungen zu einem „TEN-Knoten Wien“; der Start eines ganz neuen Vorhabens, die Entwicklung eines Raumentwicklungs- und Verkehrskonzepts für den Nordosten Wiens in der Art einer strategischen Umweltprüfung bedeutet einen weiteren Schritt in diese Richtung.

¹⁾ Das Aktionsprogramm „Agenda 21“ ist eines der Ergebnisse der UNCED-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro und hat die Integration von Ökologie, Sozialem und Wirtschaft zum Ziel. In der „Lokalen Agenda 21“ liegt der Schwerpunkt auf der Mikro-(Bezirks-)Ebene.

Stadtforschung und Grundlagenbeschaffung

Objektive **Planungsgrundlagen** stellen in jedem Fall eine sehr wichtige Basis für Entscheidungen dar. In diesem Sinne ist das Bevölkerungs-Prognosemodell zu sehen, das nunmehr die Möglichkeit bietet, die **Entwicklung der Bevölkerung** auch kleinräumig und nach unterschiedlichen Merkmalen (Alter, sozialer Status) zu berechnen. In gleicher Hinsicht ist auch das **Verkehrsmodell** zu sehen. Einerseits wurden dazu durch die (bundesweit alle 5 Jahre erfolgende) Kraftfahrzeugzählung, die in Wien auch auf Gemeindestraßen durchgeführt wurde, wertvolle Daten erhoben, andererseits konnten wesentliche Parameter intern bearbeitet werden, wodurch eine modellhafte Abbildung unterschiedlicher Planungsszenarien möglich wird.

Weitere Basisdaten stammen aus **Erhebungen und Befragungen**. Die subjektive Bedeutung von durchgrünten Wohnformen für die Mehrzahl der BewohnerInnen Wiens, regionalisierte Daten zur Arbeitslosigkeit in Wien, vergleichende Daten zu den wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft in Wien, Freizeittrends und -perspektiven des aktuellen Angebots, Tendenzen zur Zu- oder Abwanderung von Gewerbeunternehmen, die Entwicklung des Büroflächenbedarfs oder die Attraktivität von Wiener Geschäftsstraßen im Spiegel der Passantenfrequenzen zeigen das Spektrum der Tätigkeiten des abgelaufenen Jahres. Auf einige Beispiele soll im Folgenden kurz eingegangen werden:

Die derzeit gute Beschäftigungsentwicklung insbesondere in den neuen Dienstleistungsbereichen ist eine der Hauptursachen für die deutliche Zunahme des **Büroflächenbedarfs** in Wien. Auf diese Branchen entfiel auch rund ein Viertel von den 240.000 m² im Jahr 1999 vermieteten Büroflächen. Während die jährliche Büroflächennachfrage 1997 und 1998 noch rund 160.000 m² betrug, liegt diese seit 1999 (bis voraussichtlich 2002) zwischen 200.000 und 250.000 m². Die wachsende Bedeutung Wiens als Standort von Osteuropazentralen internationaler Unternehmen belebte die Nachfrage nach Büros zusätzlich.

Demgemäß haben sich auch die Abwanderungsabsichten von Wiener **Gewerbe-Unternehmen** verringert und das Verlagerungspotenzial ist über einen längeren Zeitraum rückläufig (2000: 51 Betriebe). Der künftige Flächenbedarf von Wiener Unternehmen in Gewerbe und Industrie, Handel, Dienstleistungsbereichen und Spedition wird aufgrund der Erhebung mit ca. 9 bis 10 Hektar (ha) pro Jahr anzusetzen sein. Dafür stehen kurz- und mittelfristige Flächenreserven der Stadt Wien im Ausmaß von ca. 159 ha (74 ha davon im Süden Wiens) zur Verfügung.

Die seit dem Jahr 1973 im 2-Jahres-Rhythmus gemeinsam mit der Wiener Wirtschaftskammer durchgeführten **Passantenzählungen** in den Haupt- und Nebengeschäftsstraßen (jeweils Donnerstag und Samstag im Oktober) zeigt neben der ungebrochenen Attraktivität der traditionellen Zentren (Innere Stadt, Mariahilfer Straße) einerseits eine deutliche Verschiebung zum Samstag und hier wiederum zum Nachmittag, andererseits auch die positiven Auswirkungen attraktivitätssteigernder Maßnahmen (wie Reinprechtsdorfer Straße, Simmeringer Hauptstraße im neu gestalteten Abschnitt und – besonders ausgeprägt – im unteren Abschnitt der Landstraßer Hauptstraße in der Nähe des neuen Entertainment Center).

Vergleiche mit ausländischen Städten sollen nicht nur im Sinne eines Benchmarking die Möglichkeit eröffnen, längerfristig Maßstäbe zur eigenen Entwicklung herzustellen. Auch die Erfahrungen anderer können durch internationale Kooperationsprojekte nutzbar gemacht werden. So wurde zur Beobachtung der stadtentwicklungsrelevanten wirtschaftlichen Trends ein mehrjährig laufendes Forschungsprojekt über die „**Stadt als Non-Stop-Gesellschaft**“ in einer Vergleichsstudie Wien–Berlin–Frankfurt begonnen. Damit soll das notwendige künftige Ausmaß der Beschäftigung außerhalb der traditionellen Arbeitszeiten besonders in der Dienstleistungs- und in der Tourismusbranche für Wien abgeschätzt und die Folgen bzw. Konsequenzen auf die räumlich funktionelle Organisation der Stadtstruktur sowie auf das Verkehrsangebot diskutiert werden.

Grenzüberschreitende Kooperationen

Die Zusammenarbeit in **internationalem Rahmen** fand auf mehreren Ebenen statt. Gemeinschaftsprojekte mit der EU im Rahmen des INTERREG beziehen sich auf die unmittelbaren Nachbarn, andere wiederum haben beispielsweise die künftige Entwicklung der urbanen Regionen in der Gemeinschaft zum Thema. Darüber hinaus ist die ständige Mitarbeit von Mitgliedern der Abteilung als ExpertInnen in Gremien der OECD, in mehreren Kommissionsdienststellen der EU oder auch die Beteiligung in einem Netzwerk der Vereinten Nationen (United Nations Center for Human Settlement) zu erwähnen.

Das kooperative Planungs- und Beratungsverfahren zur Erstellung eines regional abgestimmten „Fahrplans“ für die Weiterentwicklung des **TEN-Knoten Region Wien** (TEN: Transeuropäische Netze) wurde praktisch abgeschlossen und der vorläufige Endbericht zu einem kurz- bis mittelfristigen, sektorübergreifenden Maßnahmenprogramm und einem längerfristigen Leitbild zur Stärkung der „Knotenkompetenz“ auf Grundlage einer permanenten Informations- und Kooperationsstruktur liegt vor. Grundlegende Änderungen der von den Österreichischen Bundesbahnen beabsichtigten Ausbaustrategie machen jedoch eine Überarbeitung und Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen erforderlich.

Die Entwicklung in Europa, besonders vor dem Hintergrund eines bevorstehenden Beitritts östlicher Nachbarländer zur EU, wirkt unmittelbar auch auf Planungsentscheidungen in der Ostregion. Im Projekt „Korridoruntersuchung Ostregion“ wurden mit finanzieller **Unterstützung durch EU-Mittel** die Auswirkungen von übergeordneten Bezie-

hungen auf die regionale und lokale Situation untersucht und Maßnahmenvorschläge ausgearbeitet. Damit wird das Ziel verfolgt, durch zeitlich abgestimmte Ausbaupläne primär eine Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr zu erzielen, aber gleichzeitig Vorsorge für möglichst umweltgerechte Straßenverbindungen zu treffen.

In dem ebenfalls mit Mitteln der EU geförderten Projekt „Planning the Gateway II“ wurde eine gemeinsame Datenbank der städtisch und räumlich relevanten Aktivitäten und Entwicklungen erstellt, um auf diese Weise die grenzüberschreitende Kooperation im Raum Wien–Brno–Bratislava–Győr zu unterstützen und zu intensivieren. Über dieses Projekt hinausgehend ergab sich bereits eine weitere Kooperation mit Bratislava in Form einer detaillierten Bestandsaufnahme aller Gegebenheiten und Planungsabsichten im gesamten, beide Städte umfassenden Großraum als Vorstufe eines gemeinsamen Entwicklungskonzepts. „Future Knowledge“ steht für ein gleichfalls abgeschlossenes EU-Projekt im Rahmen von Interreg IIa, damit wurde eine Kooperationsplattform zur Wissensvermittlung und Vernetzung von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen mit Unternehmen eingerichtet, um die Wirtschaftsentwicklung der Regionen und gleichzeitig universitäre Standorte zu stärken. Mehrere weitere Projekte, die schon früher begonnen wurden, waren in Arbeit (Vitecc Accession, Magistrale für Europa, TECNOMAN, IMONET). Neu begonnen wurde das Interreg-IIc-Projekt „IM-PLAN“. Innerhalb eines Gemeinschaftsprojekts der Metropolenregionen Berlin, Wien, Budapest, Krakau, Prag und Sofia werden gemeinsame Strategien zum Aufbau von Meta-Datenbanken zu raumbezogenen Informationen entwickelt und im Rahmen des österreichischen Projektteils für die Ostregion ein rascher und unbürokratischer Zugang zu den wesentlichen Grundlagen der Regionalplanung (rechtlicher und realer Bestand, Planungen) für Gebietskörperschaften und andere auf diesem Gebiet tätige Akteure geschaffen.

Die Rolle von Städten als Wirtschaftszentren und konzentrierte Lebensräume wird in Zukunft immer stärker zunehmen und damit auch ihre Funktion in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Damit differenzieren sich auch die wettbewerblichen Rahmenbedingungen und Anforderungen sowohl in regionalem wie auch globalem Zusammenhang. Das Wissen um Trends und Perspektiven in der Stadtentwicklung und Stadtpolitik ist daher wichtig, um einerseits brauchbare Erkenntnisse zum Wohle der BewohnerInnen auf Wiener Verhältnisse übertragen und anwenden zu können, und andererseits Entscheidungsgrundlagen im Interesse der eigenen Positionierung in dieser Konkurrenz zu erhalten. Eine Studie dazu hat beispielsweise ergeben, dass international tätige Unternehmungen immer flexibler bei der Standortwahl sind, ein hochwertiges Infrastrukturangebot ist selbstverständliche Voraussetzung – echte Anreize werden durch Förderungen gebildet. Auch bedeutend ist, dass sich unabhängige wissenschaftliche Forschungseinrichtungen für urbane Fragen besonders auf den englischsprachigen Raum konzentrieren, erst in weiterer Folge ist die OECD („Group on Urban Affairs“) und die EU mit dem URBAN-Programm von Einfluss.

Im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO), die auf einer Vereinbarung (Staatsvertrag nach Art. 15a B-VG) der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien aufbaut, wurden gemeinsame raumplanerische Anliegen der Länder behandelt.

Neben der Mitarbeit in den bereits erwähnten EU-Projekten stand überwiegend die Behandlung von Stadtgrenzen überschreitenden Fragen im Mittelpunkt. Das betraf zunächst die Beschleunigung der Regionalbusse aus dem südöstlichen Wienerwald, für die eine Reihe von Maßnahmen bereits umgesetzt werden konnten, weiters wurden aus konkretem Anlass grundsätzliche Arbeiten zu technischen Lösungen für Formen des Mischverkehrs auf bestehenden Schienentrassen sowie eine Machbarkeitsstudie zur rationelleren Nutzung der Fahrstreifen auf Autobahnen mit durchaus Erfolg versprechenden Ergebnissen abgeschlossen.

Zur Nordostumfahrung Wien wurden die vorliegenden Einzeluntersuchungen zu den verschiedenen Fachbereichen zu einem abgestimmten Gesamtkonzept zusammengefasst. Den Empfehlungen zufolge sind ein kurz- und ein längerfristiger Planfall verfolgenswert:

- Der Planfall A ist vergleichsweise am besten geeignet, die Betriebsstandorte im 22. Bezirk aufzuwerten und stellt keine Beeinträchtigung des Nationalparks dar. Dieser Planfall sieht einen Ausbau der B 301 vom Knoten Schwechat bis zum Knoten Kaisermühlen, den Ausbau der Raffineriestraße (teilweise in überdeckter Tieflage) und des Biberhaufenweges vor. Am Knoten Kaisermühlen sind Verbesserungen erforderlich. Bei diesem Planfall wird davon ausgegangen, dass der Ausbau von U- und S-Bahn in Wien und in der Region entsprechend den vorliegenden Verkehrskonzepten der Länder erfolgen wird (u. a. die Verlängerung der U 2 bis Aspern, eine leistungsfähige Verbindung nach Groß-Enzersdorf) und weitere Ausbaumaßnahmen im Straßennetz, besonders bei Süßenbrunn sowie die Umfahrung Groß Enzersdorf und die B 3d als Umfahrung von Aspern und Eßling erforderlich sind.

Die Kosten werden ohne ergänzenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs und ohne die genannten zusätzlichen Straßenbauten auf EUR 330 Mio. geschätzt.

- Für eine ringförmige Nordostumfahrung Wiens wurde aus mehreren Trassenvarianten der Planfall B 2, etwa an der Landesgrenze verlaufend, als bester beurteilt, da auf diese Weise die meisten Entlastungen im umliegenden Straßennetz erzielbar sind, und eine solche Lage aus landschaftspflegerischer Sicht vergleichsweise wenige Konflikte verursacht. Diese Trasse quert den Nationalpark in Tunnellage, wobei – wie auch bei den anderen Varianten – geachtet wurde, dass das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird und die Entlüftung der Tunnelröhren außerhalb des Nationalparks vorgesehen ist.

Für die sehr teuren (EUR 600 Mio.) und politisch äußerst sensiblen Abschnitte zwischen dem Tanklager Lobau und Süßenbrunn wird zunächst eine Trassenvorsorge in Form der Freihaltung eines Trassenkorridors vorgeschlagen.

Ein Realisierungsbedarf für diesen Abschnitt besteht erst nach 2015. Vorsorglich empfohlen wird die frühzeitige Abstimmung der Verfahrensschritte und Umweltuntersuchungen und die länderübergreifende Abstimmung der siedlungspolitischen Leitbilder.

In einem Aktionsprogramm für die Region **Wien/Simmering-Schwechat/Flughafen** sollen zunächst die Fachkonzepte „Wirtschaftsraum“ und „Lebensraum“ gemeinsam von den Ländern, den Gemeinden und den Wiener Bezirken erarbeitet werden. Damit ist – über die ursprünglich der PGO zugeordneten Rolle hinaus – auch die Einbindung der lokal Verantwortlichen gegeben.

Nicht nur bei diesem Projekt hat sich gezeigt, dass die Mitwirkung betroffener Gemeinden und Wiener Bezirke bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen zweckmäßig und auch notwendig ist. Dies betrifft Standortfragen ebenso wie Verkehrsplanungen oder die Sicherung von Grünflächen und deren räumliche Vernetzung. Im Rahmen des regionalen Entwicklungsverbands Industrieviertel ist ein Regionalmanager für die Bezirke des südlichen Wiener Umlandes tätig, der sich insbesondere um die Verbesserung der Zusammenarbeit der Gemeinden und die Betreuung diverser Stadt-Umland-Problematiken bemüht. Seine Mitwirkung in der PGO zeigt, dass grenzübergreifende Aktivitäten besser als bisher unter den vielen betroffenen Umlandgemeinden und auch mit den benachbarten Wiener Bezirken abgestimmt werden können. Das Modell des Regionalmanagers soll daher auch in anderen Gebieten, zunächst für den Nordosten, angewandt werden.

Strategieplan für Wien

Im Frühjahr 2000 wurde der Anfang des Jahres fertig gestellte „Strategieplan für Wien – Qualität verpflichtet / Innovationen für Wien“ durch die Wiener Stadtregierung beschlossen. Damit soll die Verwirklichung von grundsätzlichen Zielen der Stadt für alle Lebensbereiche sowie die Umsetzung der großräumigen und längerfristigen Konzepte der Stadtplanung und der Regionalentwicklung (vor allem Stadtentwicklungsplan 1994, Verkehrskonzept 1994, Grüngürtel Wien 1995 und Siedlungspolitisches Konzept Ostregion) gefördert und vorangetrieben werden. Wesentliche Elemente des Strategieplanes sind daher die Einbindung von maßgeblichen „Akteuren“, die Festlegung von Indikatoren zur Bemessung des Erfolgs, die Benennung von Verantwortlichen für die Durchführung von Maßnahmen wie auch der regionale Maßstab der Aussagen. Zum Unterschied zu anderen Städten wurde dieser Strategieplan in der ersten Phase von der Stadtverwaltung selbst entwickelt.

Obwohl der Strategieplan für Wien mit seinen 5 Strategiefeldern, 33 strategischen Projekten und Maßnahmen in erster Linie auf die Bundeshauptstadt selbst bezogen ist, sind viele Projekte auf die Positionierung Wiens im europäischen Raum ausgerichtet. Sie betreffen nicht nur die Entwicklung wettbewerbsfähiger Standortfaktoren in Bezug auf Wirtschaft und Lebensqualität (innovative Anwendung von Wissenschaft und Technik, funktionale und themenspezifische Spezialisierung, Integration, Wissensbasis, Stadtquartierserneuerung, Umweltqualität, Erlebnis, Kultur, öffentlicher Raum usw.), sondern auch die materiellen Elemente zur Anbindung Wiens an die europäischen Wirtschaftsregionen, die so genannten „harten Standortfaktoren“.

Im Anschluss an die zahlreichen Diskussionen der einzelnen Themenfelder im „**Stadtdialog**“ wurde das Ergebnis im Rahmen einer internationalen Fachtagung einem europäischen Expertenforum vorgestellt und auch der Öffentlichkeit präsentiert.

Nunmehr steht die umgehende Umsetzung der strategischen Projekte im Vordergrund. Dazu wurden noch im Sommer die Vorbereitungen und Abstimmungen für ein Projektmanagement zu den strategischen Projekten „Innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen“ getroffen und an den Vorbereitungen zum „Westgürtelmanagement“ und einer damit im Zusammenhang stehenden Fachtagung mitgearbeitet. Als weiterer Schritt in Richtung einer erfolgreichen Umsetzung des Strategieplans ist die Einrichtung einer koordinierenden Stelle für den Strategieplan vorgesehen. Damit sollen die kontinuierliche Umsetzung der verschiedenen strategischen Projekte, die Weiterentwicklung des Strategieplans und seine Evaluierung gesichert werden.

Stadtentwicklungsbericht 2000

Die zahlreichen und mitunter hektisch wirkenden Veränderungen seit Beschluss des Stadtentwicklungsplanes (STEP) 1994, wie unter anderem die forcierte Wohnbautätigkeit (rund 10.000 Wohnungen pro Jahr), die fortschreitende Konzentration von Handelsbetrieben, die Bedeutung elektronischer Kommunikationsmittel oder auch die Inbetriebnahme der U3-Verlängerung machten es nötig, in einem STEP-Bericht die aktuellen Entwicklungen und Trends sowie deren Auswirkungen auf den Stadtentwicklungsplan darzustellen. Darin werden zunächst die wesentlichen Entwicklungen der letzten fünf Jahre und die aktuellen Planungen dargestellt. Tendenziell zeigt sich, dass nunmehr eine deutliche Entspannung auf dem Wohnungssektor eingetreten ist, damit ist es möglich geworden, bei neuen Vorhaben vorhandene Infrastruktur in höherem Maß zu nutzen. Auch die Wohn- und Umweltqualität in den dicht besiedelten Gründerzeitgebieten kann wiederum gesteigert werden. Den Problemen, die durch große Einkaufszentren, Fachmärkte und Entertainment-Centers entstehen, müssen einerseits Strategien zur Stärkung der innerstädtischen Geschäftsstraßen und andererseits neue Formen der Freizeitgestaltung gegenübergestellt werden. Darüber hinaus wurden zu zahlreichen weiteren Themen (z. B. Hochhäuser, technologische Innovation, städtische Grünräume) Statusberichte abgegeben und Trends und Perspektiven aufgezeigt.

Projektmanagement

Als Beispiel für partizipative Planung kann das Verfahren zur Abklärung von Stadtentwicklungspotenzialen für den Stadtentwicklungsbereich Rothneusiedl genannt werden, das unter Berücksichtigung geplanter Entwicklungen (Güterverkehrszentrum Inzersdorf-Metzgerwerke, B 301 etc.) Entwicklungsszenarien für diesen Bereich aufzeigen soll. Gleichzeitig werden nunmehr auch für einen erweiterten Projektbereich (Südautobahn–Leopoldsdorfer Straße) diesbezügliche Konzepte erarbeitet.

Traditionell wird in einem Bereich der Abteilung versucht, Wünsche oder Anforderungen von zumeist künstlerischen Einrichtungen mit den baulichen Möglichkeiten der Stadt in Einklang zu bringen. Unter anderem konnte nach mehreren Jahren für den leer stehenden Eisenbahn-Tunnel im Bereich Spittelau eine Nutzung durch die Sunshine-Gruppe fixiert werden; die Planungen wurden zur baupolizeilichen Genehmigung eingereicht, die Finanzierung gesichert. Die vorübergehende Nutzung von Teilen des KDAG-Areals in Meidling erfuhr durch die Ansiedlung einer schulischen Einrichtung eine wertvolle Ergänzung, darüber hinaus wurden die wesentlichen Vorbereitungen für die von Peter Stein inszenierten Faust-Aufführungen getroffen, damit diese dort von September bis Dezember 2001 stattfinden können. Die Bemühungen um die Erhaltung und standortgerechte Nutzung der Babenbergerpassage am Ring konnten durch die Festlegung, dieses Objekt zur selbsttragenden kulturellen Nutzung dem MAK zu überantworten, abgeschlossen werden. Darüber hinaus konnten Unterbringungsmöglichkeiten für eine Übergangszeit (renovierungsbedingte vorübergehende Aussiedlungen aus dem Museumsquartier bzw. Nachlass von HC Artmann) vermittelt werden.

Grün- und Freiraum

Schwerpunkte waren die Evaluierung des im Jahr 1995 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Landschafts- und Freiraumkonzepts für Wien, das Projekt „Go Space“, in dem von Jugendlichen Aufenthaltsorte entworfen wurden, die nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten auch realisiert werden sollen. Im Zuge der Bearbeitung „NESSI – Naturnahe Erlebnisspielplätze“ im Rahmen eines Arbeitskreises, der aufgrund einer Anfrage aus dem Landtag gebildet wurde, wurden mehrere Pilotstandorte ausgewählt, die ab dem Jahr 2001 realisiert werden sollen. Hier geht es darum, zusätzliche beispielbare Räume zu gewinnen, die durch Erlebnisvielfalt und verschiedenartige Gestaltbarkeit zur Förderung des Naturerlebens in der Stadt beitragen und somit zu einer Erhöhung des Spielwerts führen.

Aufbauend auf die Ergebnisse des Forschungsprojekts „mehr platz!“ wurde der nächste Schritt „mehr platz II“ eingeleitet, in dem es um konkrete Veränderungen an konkreten Orten geht: als Pilotgebiet wurde ein dicht verbauter Wiener Innenbezirk ausgewählt. Ziel ist es, für Kinder und Jugendliche „mehr platz“ zu schaffen: durch ungewöhnliche Kooperationen, durch kleine, aber effiziente strukturverbessernde Maßnahmen und mittels Lobbying und gezielte Öffentlichkeitsarbeit für die Interessen der Kinder. In diesem Zusammenhang steht auch die Mitarbeit im Österreichischen Normungsinstitut (ON), wo eine Arbeitsgruppe die Überarbeitung der ÖNORM B 2607 Spielplätze – Planungsrichtlinien intensiv betrieben hat und durch die Vertreterin der Abteilung der Stand des wissenschaftlichen Diskurses zu Fragen des Spiel-, Abenteuerwerts etc. eingebracht wurde.

Verkehr

Zu den Aufgaben der Verkehrsplanung zählen grundsätzlich die generelle verkehrssystemübergreifende und raumstrukturbezogene Bearbeitung jener übergeordneten Verkehrsnetze und -knoten, die Bedeutung für die Verkehrsbeziehungen innerhalb der Stadt ebenso wie mit dem Umland haben, im Speziellen aber auch die generelle U-Bahn- und Bundesstraßenplanung. Verkehrsplanung in Wien beschränkt sich aber schon lange nicht mehr auf die Fragestellung, wie Personen und Güter zweckmäßig von A nach B gebracht werden können, sie bezieht die Verursacher, und hier insbesondere die „erzwungene“ Mobilität und in gleicher Weise die Auswirkungen auf die Umwelt und auf Veränderungen der Standortqualität, in alle Überlegungen mit ein.

Planungen für den öffentlichen Verkehr (öV) konzentrierten sich auf die Fertigstellung des generellen Projekts für die Linie U2 nach Aspern. Im Zuge dieser Planung wurde die interessierte Öffentlichkeit parallel zur Projektentwicklung in einer Reihe von Veranstaltungen über den jeweiligen Projektstand informiert und es wurde auch die Gelegenheit geboten, Ideen und Wünsche in die Planungen einzubringen. Termine für derartige Großveranstaltungen fanden je nach Planungsfortschritt in unterschiedlichen Formen – entweder als Diskussionsveranstaltungen oder Werkstattausstellung mit fachlicher Betreuung nach Ankündigung in verschiedenen Medien statt. Nach der Fertigstellung dieser Planung wurde das Projekt den Wiener Linien zur Detailplanung sowie Abwicklung der rechtlichen Genehmigungsverfahren und damit zur Realisierung übergeben. Parallel dazu wurden auch Begleit- und Folgemaßnahmen erarbeitet (z. B. auch Vorschläge für eine optimale Anbindung von Bus- und Straßenbahnlinien an die U-Bahn).

Ebenfalls im vergangenen Jahr wurden als Vorbereitung für die 4. U-Bahn-Ausbauphase Überlegungen für U-Bahn-Netzentwicklungen begonnen und in diesem Zusammenhang auch Verbesserungsmöglichkeiten für Verbindungen mit dem Wiener Umland untersucht, wobei alle in Betracht kommenden Systeme (auch der so genannte Cable Liner bzw. „People Mover“) auch in Zukunft berücksichtigt werden sollen.

Weitere Themen waren die Fortschreibung des S-Bahn-Konzepts und die Netzentwicklung und Systemuntersuchung für den öV-Korridor **Aspern–Groß Enzersdorf**, also Maßnahmenentwicklungen für eine Verbesserung des öV-Angebots zwischen Stadlau/Aspern und Groß Enzersdorf (NÖ). Dass Verkehrsplanungen nicht an der Stadtgrenze enden können zeigt sich auch an den folgenden Beispielen, in denen die Position Wiens vertreten wurde: Bei **Planungen des Eisenbahnnetzes**, wie dem EWTWA-Projekt (Eisenbahnverbindung Wien–Wampersdorf, S 7, S 80, S-Bahn-Stammstrecke, Bahnhof Wien/Hauptbahnhof, Pottendorfer Linie inklusive Adaptierung, Bahnhof Wien-Meidling, Verbindungsbahn) waren laufend die Vorstellungen der Stadt Wien einzubringen bzw. mit anderen verkehrlichen und städtebaulichen Projekten abzustimmen.

Ein weiteres regionalwirksames Schwergewicht war die verstärkte Zusammenarbeit mit maßgeblichen Akteuren in der Umlandregion (wie z. B. mit dem Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) und dem von Niederösterreich unlängst eingerichteten Regionalmanagement) sowohl auf der Ebene der PGO und in Arbeitsgruppen, wie etwa für ein grenzüberschreitendes räumliches **Entwicklungskonzept Wien/Simmering–Schwechat/Flughafen**. Damit sollten konkrete Möglichkeiten für regionale Kooperationen praktisch erprobt werden, wobei zur Lösung dieser Aufgabenstellungen eine fachlich fundierte Moderation für diese Kooperationsform zweckmäßig war.

Die Planungen für den **Individualverkehr** erstreckten sich einerseits auf Ausbaumaßnahmen an Bundesstraßen (B 224 – Bereich Westbahnhof, B 225 – Bereich Simmering, B 3d zur Anbindung des Gebietes um Aspern u. a.), um vorhandene Netzlücken zu schließen bzw. umweltverträglichere Trassenführungen zu erreichen. Andererseits war die Ausarbeitung von Umweltverträglichkeitserklärungen für diverse Bundesstraßenprojekte sowie die Einleitung von Verfahren gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz bzw. nach dem Bundesstraßengesetz zur Erlangung entsprechender Trassenverordnungen notwendig. Weiters wurde auch an einer Konkretisierung der vorliegenden Trassenstudie für eine leistungsfähigere Verbindung zwischen Schwechat und Süßenbrunn unter Berücksichtigung der Interessen der Länder Wien und Niederösterreich gearbeitet.

Technische Bibliothek

Die technische Bibliothek stellt für den gesamten technischen Bereich des Magistrats die jeweils aktuellen Gesetze, Normen und Regelwerke sowie die in den einzelnen Fachabteilungen benötigte Amtsliteratur, Fachzeitschriften etc. zur Verfügung („fachliche Leihbibliothek für MitarbeiterInnen“) und sammelt, archiviert und dokumentiert die im Bereich der Planungsabteilungen erstellten oder in deren Auftrag gemachten Studien, Projekte und wissenschaftlichen Arbeiten.

Der Bestand wurde im abgelaufenen Jahr um 455 neue Titel (666 Bände) erweitert, es stehen somit aktuell insgesamt etwa 27.000 Titel (fast 50.000 Bände) zur Verfügung. Damit konnte mehr als 6.000 Personen die gesuchte Information in Gestalt von knapp 11.000 entlehnten Bänden vermittelt werden, was einer Steigerung der Nachfrage um rund 10 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Fachzeitschriften (Periodika) im magistratsinternen Umlaufverfahren befanden sich 322 verschiedene Fachjournale, den MitarbeiterInnen der Stadt standen im Laufe des Jahres somit insgesamt fast 36.000 Einzelhefte zur Verfügung.

Die Dokumentation Stadtplanung findet auch bei auswärtigen BenutzerInnen großes Interesse: insbesondere Arbeiten aus der jüngeren Vergangenheit dienen als Grundlage für weitere Bearbeitungen an Universitäten und vergleichbaren wissenschaftlichen Institutionen.

Öffentlichkeitsarbeit und technischer Fotodienst

Der Aufgabenbereich und der Arbeitsumfang der Öffentlichkeitsarbeit und technischer Fotodienst der Stadtplanung Wien (Magistratsabteilungen 18, 19, 21A, 21B, 21C und 41) werden einerseits vom Informationsbedürfnis der Wiener Bevölkerung und andererseits von den jeweiligen Aufgabenstellungen und Ergebnissen der beteiligten Fachabteilungen bestimmt. Die wachsende mediale Überflutung macht es um so wichtiger, Informationen auf rein fachlicher Ebene zu vermitteln und gleichzeitig Plattform für das feed-back der BürgerInnen dieser Stadt zu sein.

Neben der Ausstellungstätigkeit wurden wieder zahlreiche Publikationen herausgegeben, Veranstaltungen vorbereitet und viele InteressentInnen einzeln oder in Gruppen über die Tätigkeit der Wiener Stadtplanung informiert. Weiters wurde die Präsentation der Stadtplanung Wien im Internet auf der Homepage der Stadt Wien maßgeblich ausgeweitet und ständig aktualisiert (www.wien.at/ma18).

In der **Wiener Planungswerkstatt**, dem ständigen Ausstellungsraum der Stadtplanung, werden auftragsgemäß Fragestellungen der Stadtplanung behandelt und der interessierten Bevölkerung Informationen über Probleme, Zielsetzungen, Lösungsmöglichkeiten und Ergebnisse von Planungen übermittelt. In diesem Sinn wurden Präsentationen in Form von Berichten aus der Planungswerkstatt über die Neunutzung der Donauinsel, die Neugestaltung des „Uniq-Blocks“, des Leitprogramms Höchstädtplatz und der Neugestaltung des Künstlerhausvorplatzes zusammengestellt. Unter dem Titel „Wien setzt (sich) auf's Rad“ wurde der aktuelle Stand der Radwegeplanung behandelt. In der Reihe „Wien – Der Stand der Dinge“ gab es umfassende Präsentationen und Publikationen zu den Planungen im Rahmen der Gürtelsanierungen und zu den aktuellen Fragen des Städtebaus in Wien. In Kooperationen mit der MA 13 – Media Wien bzw. mit der MA 22 – Umweltschutz wurden die Themen „Luftbildfotografie“ und „Lärm in der Stadt“ in informativer Weise vermittelt. Weitere Ausstellungen hatten „In Memoriam: Landschaftsarchitekten Kienast –

Kirchner – Pindor“, „Zagreb 2000+ Neue Urbane Strategien“ und „New American Ghetto“ (eine Kooperation mit dem Literaturkreis „Alte Schmiede“) zum Thema.

Um Informationen möglichst nahe an die BürgerInnen zu bringen, wurden **Bezirksausstellungen** jeweils „vor Ort“ präsentiert: die Ergebnisse des Wettbewerbes „Stadt 2000 I-Vent“ KDAG Gründe, die Bezirksleitlinien für den 16. Bezirk im Rahmen der Ausstellung „Aktuelles aus Ottakring – Ottakring im Aufbruch“ und an Hand von mehr als 45 Einzelprojekten die Entwicklung im 21. Bezirk mit dem Titel „Floridsdorf zeigt Zukunft“.

Die in Gemeinschaft zwischen Stadtbaudirektion und Stadtplanung erstellte Ausstellung „Wien Stadt- und Umwelttechnologien“ war in 8 Städten in Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Kroatien zu sehen. Die Ausstellungen „Wien, Architektur – Der Stand der Dinge III“ und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung – Der Stand der Dinge III“ wurden in Hamburg, Helsinki, St. Petersburg, Berlin und München mit großem Interesse aufgenommen.

Die **Publikationstätigkeit** umfasst traditionell vier Schienen: diverse Informationsfolder als Ankündigung oder Begleitung zu Ausstellungen, „Werkstattberichte“ als einfach gehaltene Reihe zu interessanten Ergebnissen der laufenden Arbeit der Stadtplanung, die etwas aufwändiger gestaltete Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ und schließlich die Reihe „Der Stand der Dinge“ als zweisprachige Statusberichte zu Planungsthemen, hier sind die beiden Bände: „Städtebau“ und „Urbion – Gürtelsanierung“ zu nennen.

Darüber hinaus wurde zum Strategieplan der Stadt Wien eine Zusammenfassung in Form einer Broschüre und eine Kurzfassung als Folder in Deutsch und Englisch herausgegeben.

Die Bezirksleitlinien der Bezirke Favoriten und Hietzing ergänzen die vorliegenden Publikationen über andere Bereiche von Wien. Unter dem Titel „Best of European Cities“ wurde nunmehr der Beitrag Wiens publiziert.

Im Zuge der persönlichen Betreuung von InteressentInnen an Fragen der Stadtplanung wurde im Schnitt fast jede Woche eine **Besuchergruppe** betreut und entsprechend ihrer spezifischen Interessenslagen auch mit Unterstützung der jeweiligen Fachleute informiert. Diese Gruppen kamen aus Japan, China, den Niederlanden, der Schweiz, aus Tschechien und Deutschland. Die Schwerpunkte der Fragestellungen dabei waren Grünplanung, verschiedene Verkehrsprobleme und deren Lösungsstrategien, Stadterhaltung sowie Fragen zur Stadtentwicklung und Regionalplanung im Allgemeinen.

Das Aufgabenspektrum wurde durch die organisatorische Bewältigung zahlreicher **Fachveranstaltungen** abgerundet. Dabei bestand die Aufgabe des Teams der Öffentlichkeitsarbeit darin, in der Art einer Veranstaltungsorganisation Voraussetzungen und Rahmen für eine gedeihliche Arbeit nationaler und internationaler Expertenteams zu schaffen. Stellvertretend für viele dieser Veranstaltungen werden die Wiener Architekturgespräche, ein Vortrag von Lord Norman Forster und eine große Bürgerversammlung im 3. Wiener Gemeindebezirk genannt.

Auf dem Sektor der **Neuen Medien** wurde im Jahr 2000 ein besonderer Schwerpunkt auf die Präsentation der Stadtplanung Wien im Internet (unter der Adresse <http://www.wien.at/> mit einem Link zu „Stadtplanung“) gelegt. Damit können nicht nur aktuelle Vorhaben der Stadtplanungsabteilungen jeweils aktuell abgefragt werden, auch die grundsätzlichen Leitvorstellungen sind über Internet abrufbar. In einer Videokonferenz hochrangiger Experten zwischen den Städten Wien und London wurden erfolgreich die Problemstellungen und Lösungsmöglichkeiten beider Städte auf dem Sektor der Stadtentwicklung diskutiert.

Wissenschafts- und Forschungsförderung

Die Aktivitäten im Bereich der Wissenschafts- und Forschungsförderung waren darauf ausgerichtet, Wien im Hinblick auf die Städtekonkurrenz als intellektuelle Stadt, als Innovations- und Wissenschaftsstadt und als Stadt mit hoher Kultur- und Lebensqualität zu fördern, zu positionieren und lokal und global zu präsentieren. Zur Erreichung dieses Ziels wurden vielfältige strategische, fördernde und vermittlungsbezogene Aktivitäten gesetzt.

Im Jahr 2000 wurde der „**Fonds der Stadt Wien für innovative interdisziplinäre Krebsforschung**“ gegründet. Zweck des Fonds ist die Förderung innovativer Projekte im Bereich der Krebsforschung, die geeignet sind, Impulse für einen Fortschritt im biologischen Verständnis, in der Diagnostik und/oder in der Therapie bösartiger Erkrankungen zu geben. Mit der Gründung dieses Fonds würdigt die Stadt Wien mit dem Blick auf die großen Leistungen medizinischer Schulen in der „MedizinStadt Wien“ Arbeit und Bedeutung innovativer Krebsforschung in Wien. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 29. 9. 2000 wurde ein **Auslandsstipendienprogramm** ins Leben gerufen, das hoch begabten jungen AbsolventInnen, Studierenden im 2. Studienabschnitt und höchst qualifizierten jungen BeamtenInnen Ausbildungsschritte im Ausland ermöglicht. Alle Stipendien dieses Programms sollen dem Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der Stadt Wien zugute kommen. Es werden zwei große Stipendien – ein Stipendium an der John F. Kennedy School of Government, Harvard Universität, und ein Stipendium am Johns Hopkins Center in Bologna – und eine Serie von kleinen Stipendien zur Durchführung von Studien und Forschungsaufenthalten an exzellenten Ausbildungs- und Forschungsstätten im Ausland vergeben.

Das Kuratorium des **Viktor-Frankl-Fonds der Stadt Wien** zur Förderung einer sinnorientierten humanistischen Psychotherapie hat erstmals über die Zuerkennung von Viktor-Frankl-Preisen und Stipendien beraten und befunden. Den Großen Preis des Viktor Frankl-Fonds der Stadt Wien für das Gesamtwerk erhält Herr Prof. Dr. Habil Kazimierz Popielski, Catholic University of Lublin; den Ehrenpreis erhält Herr Prof. Dr. Heinz von Foerster, USA; die Förderungspreise erhalten Frau Mag. Elisabeth Lindner, Wien, und Herr Dr. Jerry Long, Dallas; die Stipendien gehen an Simone Klein, Heidelberg, und Christian Gold, Wien.

Die Wiener Vorlesungen haben im Jahr 2000 78 Veranstaltungen durchgeführt, die von mehr als 25.000 ZuhörerInnen besucht wurden. Höhepunkte des Programms waren die Vorträge von Heinz Zemanek, Eugen Drewermann, Hans Peter Dürr, Franz von Feilitzsch, Verena Kast, Ruth Klüger, Bassam Tibi und Pierre Bourdieu.

Die Wiener Vorlesungen und die Universität Wien haben im Sommersemester 1999 eine Initiative gestartet, die die Stadt mit ihrer ältesten Universität stärker verbinden soll. Die „Wien Akademie der Stadt Wien und der Universität Wien“ versteht sich als Plattform zur Vernetzung urbaner und universitärer Diskurse und als intellektueller Impulsgeber für Wien. Im Jahr 2000 wurde die Wien-Akademie mit Ringvorlesungen zu den Themen „Wien. Orte der Erinnerung“ und „Welt – Stadt – Wien“ fortgesetzt.

Einen Schwerpunkt setzten die Wiener Vorlesungen mit einem großen Symposium mit Vorträgen, Workshops und Lesungen zum Thema „Wien im Rückblick“, bei dem die Alltagsgeschichte, die Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der Stadt im 20. Jahrhundert einer kritischen Analyse und Reflexion unterzogen wurde.

Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)

Die MA 19 ist im Rahmen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft die Fachdienststelle für Architektur, Stadtgestaltung und alle Belange des Stadtbildes. Als „Architekturbüro der Stadt Wien“ umfasst ihr Aufgabenbereich ein weites Spektrum. Die funktionelle Schwerpunktsetzung spiegelt sich in der organisatorischen Dezernatsgliederung wieder.

- Architektonische Begutachtung
- Generelle Grundlagenplanung
- Gestaltung öffentlicher Raum
- Städtischer Nutzbau

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden im Zusammenhang mit anderen Geschäftsgruppen, Dienststellen, Interessenvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) mit Planungsleistungen sind Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen verbunden.

Bei der Auswahl der Planer sind das Wiener Landesvergabegesetz bzw. die Vergaberichtlinien der Stadt Wien zu befolgen.

1. Dezernat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Im Dezernat „Gestaltung öffentlicher Raum“ stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben.

Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahn-Planung betrieben werden, wie z. B. die U3-Ost, wurden Oberflächenplanungen weiter bearbeitet, wobei es sich einerseits um Architektenbeauftragungen handelt, andererseits um Eigenplanungen der MA 19. Eine umfangreiche Tätigkeit des Referats betraf die Oberflächenplanungen für die Stadterweiterungsgebiete im 21., 22., und 23. Bezirk. In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befassten Architekten und den beteiligten Dienststellen wurden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellen Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollten.

Mitgearbeitet hat die Abteilung in den Arbeitskreisen 1., Kunstplatz-Karlsplatz, 1., Donaukanalbereich – Innere Stadt, 2., Praterstraße, 2., Donaukanal – Umweltmeile Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN – Gürtel Plus“ (Gumpendorfer Straße – Nussdorfer Straße), „Kulturachse Schönbrunn“ (Schönbrunn Vorplatz – Technisches Museum – Äußere Mariahilfer Straße) sowie in der Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung.

Für den Bereich 2., Ilgplatz wurde eine Ideenfindung durchgeführt.

Möblierung des öffentlichen Raums

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referats.

Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahn-Planungen und Bearbeitung von diesbezüglichen gestalterischen Aufgaben bzw. wie an projektbezogenen Bürgerdiskussionen wurden durchgeführt. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.



In der Kinderklinik Glanzing im Wilhelminenspital wurde das erste österreichische Babynest eingerichtet. In dieses Babynest können Mütter, welche unerwünscht ein Kind zur Welt brachten und ihr Neugeborenes in einer vermeintlichen Notsituation aussetzen wollten, dieses anonym in ärztliche Pflege geben.

Foto: Votava / PID

Am 14. Juni 2000 wurde der neue Operationstrakt der 2. Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Lainz eröffnet.

Foto: Votava / PID



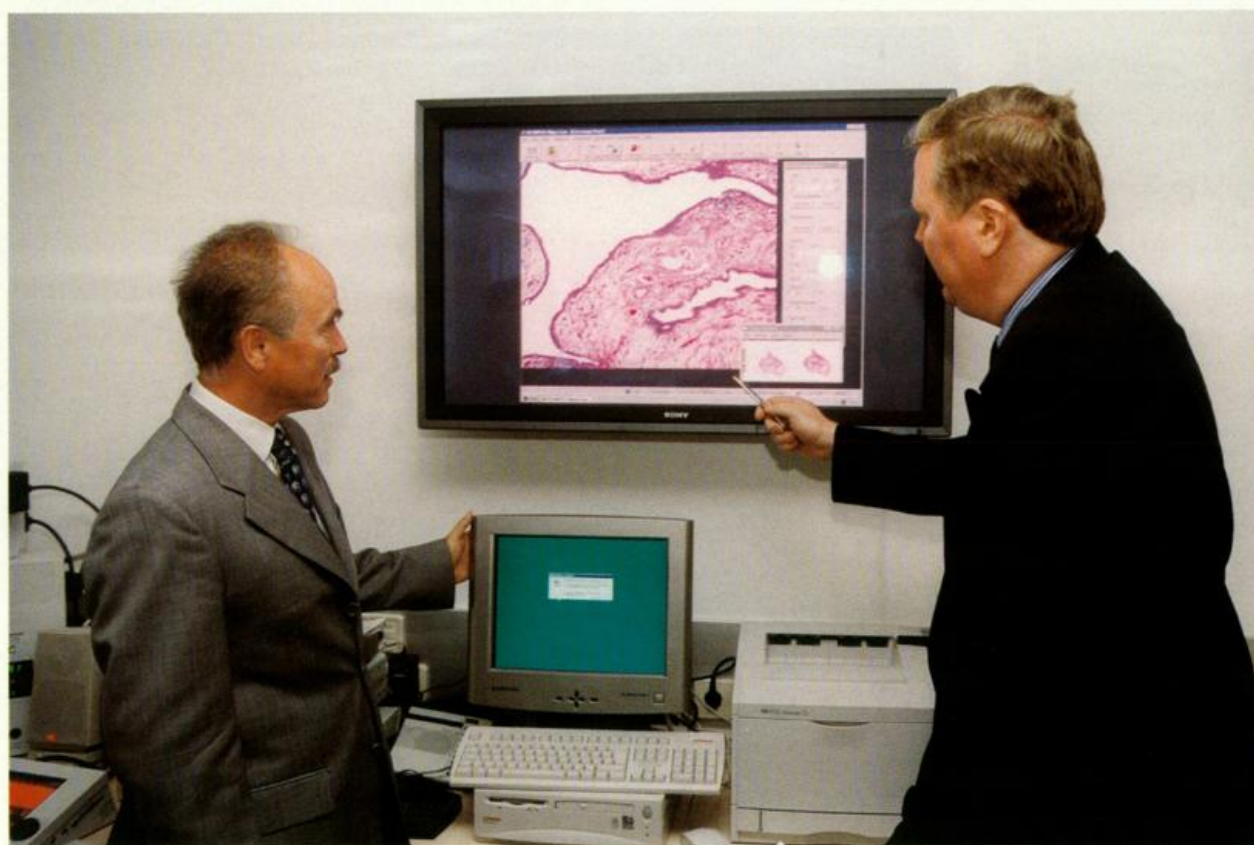


Der sudanesische Gesundheitsminister überreicht anlässlich eines Besuchs bei Dr. Rieder sein Gastgeschenk.

Foto: Votava / PID

Univ.-Prof. Dr. Martin Klimpfinger, der Vorstand des neu errichteten Pathologisch-bakteriologischen Instituts im Kaiser-Franz-Josef-Spital erläutert im molekularpathologischen Labor Gesundheitsstadtrat Dr. Rieder die Methode der Telepathologie, die es via Internet ermöglicht, Befundungen mit spezialisierten Instituten auf der ganzen Welt durchzuführen.

Foto: Votava / PID



Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Folgende Themengebiete werden behandelt:

Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfaßsäulen, City-Light-Wartehallen usw.

2. Dezernat „Generelle Grundlagenplanung“

Das Dezernat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Themenstellungen, überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen, koordiniert oder begleitet gegebenenfalls deren Entwicklung und vermittelt stadtplanerische und gestalterische Inhalte im Zusammenhang mit Vorträgen bzw. Ausstellungspräsentationen im In- und Ausland.

Generelle Konzeptionen

Schutzzonenmodell für Wien

Zur EDV-mäßigen Erfassung der schützenswerten Bausubstanz von Wien wurde 1997 mit der MA 14 eine Datenbank entwickelt, welche via Intranet den relevanten Dienststellen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung steht. An Hand dieser „Kulturgüterdatenbank“ werden die Schutzzonenbereiche neu analysiert und gegebenenfalls neu strukturiert, im Detail wird eine nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage für den Planungs- und Genehmigungsverfahrenfall angeboten. Es können Pläne wie die Stadtkarte, Kataster, Bebauungsplan und Luftbild sowie Fotos und Datenbankdaten der inventarisierten Objekte dargestellt werden. Im Jahr 2000 wurden weitere Felderhebungen (Ortskerne im 21. und 22. Bezirk, Aufnahme 1. Bezirk) eingespeist. Seit Herbst 2000 sind Teile davon auch im Internet abrufbar (<http://service.magwien.gv.at/kulturkat/>). Zudem wurden die Themen „Gründerzeit“ und „Siedlungen der Zwischenkriegszeit“ für weitere Bearbeitungsebenen zum Thema Stadterhaltung in Workshops aufbereitet.

Koordinierung von Planungsabläufen

Unter Federführung der MA 19 (Projektteam Donaucity) wurden weiterhin die städtebaulichen und stadtgestalterischen Entwicklungen in der Donaucity behandelt. Neben diversen Einzelthemen (öffentlicher Raum, Projektdetailentwicklung) wurde vor allem an Strategien für die Weiterentwicklung des Kulturbereichs sowie an der Masterplanfertigstellung gearbeitet.

Zum Thema „städtebauliche Entwicklung des Westbahnhofbereiches“ wurde die Zusammenarbeit einer Arbeitsgruppe der Stadt Wien (unter Federführung der MA 19) mit den ÖBB im April 2000 mit der Abhaltung einer Pressekonzferenz zum Arbeitsergebnis (Vizebürgermeister Dr. Görg, Generaldirektor Dipl.-Ing. Traxler) vorerst abgeschlossen.

Seitens der ÖBB wurden ab Sommer 2000 neue inhaltliche Vorstellungen zur Weiterentwicklung eingebracht, die nach deren Konkretisierung in der Arbeitsgruppe hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit her bewertet werden müssen.

Die städtebauliche und strukturelle Weiterentwicklung des Westgürtels wurde, anknüpfend an die positive Bilanz des EU-Urban-Projekts, gemäß den Zielsetzungen im Strategieplan für Wien im Rahmen des **strategischen Projekts Westgürtel** erarbeitet. Zwei interdisziplinäre Arbeitsgruppen entwickelten gemeinsam mit externen Auftragnehmern ein operationelles Programm für ein „Gürtelmanagement“, welches im Jahr 2000 im Rahmen einer „Gürtelenquete“, unter Beteiligung von allen 8 Bezirksvertretern, Wirtschafts- und Verwaltungsfachleuten diskutiert und generell akzeptiert wurde. Der Abschluss des Projekts mit den definitiven Empfehlungen an die politischen Entscheidungsträger ist für Frühjahr 2001 vorgesehen.

Mitarbeit bei Projektentwicklung und Arbeitskreisen

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Mitwirkung bei gestalterischen Projekten und die Teilnahme an projektentwickelnden Arbeitskreisen anderer Fachdienststellen.

Bei der Planung und Errichtung von Ingenieurbauwerken (Brückenbauten, Straßenprojekte, Lärmschutzbauten, Energietechnische Bauwerke etc.) ist die MA 19 zur Behandlung architektonischer und stadtgestalterischer Fragen eingebunden.

Die Aufgabe bei der Mitwirkung in Arbeitskreisen, Beiräten und Ausschüssen ist die Einbringung und Vertretung von stadtgestalterischen Aspekten und die Beantwortung fachspezifischer Fragestellungen.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden die Ausstellungen zum Thema „Stadterhaltung – Stand der Dinge“ sowie „Architektur – Stand der Dinge“ in Berlin, Helsinki und St. Petersburg präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben.

3. Dezernat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Dezernat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaus zusammengefasst.

Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt – ausgehend von der Grundlagenbeschaffung – den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.

Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren (Wettbewerb, Verhandlungsverfahren) oder Gutachterverfahren abzuwickeln, wobei das Verfassen der Ausschreibungsunterlagen, die Vorprüfung und Schriftführung, sowie die Vorbereitungen für Ausstellungen von der Abteilung wahrgenommen wird.

Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlussrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfs den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Schulbau

Im Rahmen des Schulbauprogramms 2000 wurden seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfs im Wiener Pflichtschulbereich ca. 100 Schulen neu gebaut oder erweitert. Dieses Programm ist abgeschlossen und es stehen vermehrt finanzielle Mittel für Generalsanierungen zur Verfügung, wobei gleichzeitig mit der Instandsetzung der Schulgebäude funktionelle Verbesserungen der vorhandenen Bausubstanz vorgenommen werden.

Als Entscheidungsgrundlage für die Beurteilung der zu treffenden Maßnahmen werden im Schulbaureferat Bebauungsstudien erstellt und Wettbewerbe ausgeschrieben. Durch eine sorgfältige Aufbereitung der Planungsparameter kann die Beschlussfassung erleichtert und den Ausbauwünschen der einzelnen Schulen effizienter entsprochen werden.

Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung von fünf Schulstandorten erstellt.

Für den infolge der U2-Verlängerung erforderlichen Neubau der Volksschule und des Kindertagesheims in 2., Vorgartenstraße 210 wurde eine EU-weite Bewerbung ausgeschrieben, anschließend ein Architektenwettbewerb durchgeführt und ein Siegerprojekt ermittelt. Der Vorentwurf für diesen Neubau befindet sich in Ausarbeitung.

Ein EU-weiter offener Architektenwettbewerb für Volksschule und Kindertagesheim in 10., Katharinengasse auf dem Gebiet der ehemaligen Schmidtstahlgründe wurde ausgeschrieben.

Generalinstandsetzungen von 10 Schulgebäuden wurden geplant bzw. durchgeführt. Im Jahr 2000 wurde der Schulneubau 23., In der Wiesen Nord fertig gestellt und im September in Betrieb genommen.

Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referats Kindergärten und Heime umfasst alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischer Kindergärten, Wohngemeinschaften, Krisenwohngemeinschaften, Kinderheime und Kindererholungsheime, Jugendämter und andere Beratungsstellen der MA 11 (sozialpädagogische Ambulanzen etc.).

Parallel zum Wohnungsbau ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen (KTH) angelaufen. Das Verhältnis Wohnungsanzahl zu Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von ca. 180 bis 220 Wohneinheiten pro KTH-Gruppe festgelegt. Als Zielvorstellung ist eine Nutzfläche von 150 m² und eine Freifläche von 600 m² pro Gruppe anzunehmen. Derzeit beträgt der Anteil an städtischen Kindergärten rund 54 %. In ca. 371 Kindergärten können insgesamt 34.373 Kinder betreut werden.

Das erweiterte Programm zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen ist 1993 angelaufen. Von Herbst 1993 bis Ende 1999 wurden insgesamt 98 städtische Kindertagesheime errichtet, 14 davon wurden 1999 fertig gestellt. Derzeit sind ca. weitere 25 Projekte in Vorbereitung. Ungefähr 90 % dieser Kindertagesheime werden und wurden im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet und mitfinanziert, die restlichen Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert.

Seit 1997 werden jedoch nicht mehr alle von der Stadt Wien errichteten Kindertagesheime von der Stadt Wien geführt, sondern auch von privaten Betreibern, derzeit sind 25 Kindertagesheime ausgeschrieben und vergeben.

Die Planung der KTH-Neubauten wird zum geringen Teil magistratsintern, größtenteils von beauftragten Architekten durchgeführt. Die Projekte werden vom Referat ab Vorentwurf, Detailplanung, bis zur Übergabe betreut.

Die Ausschüttung der so genannten „Kindergartenmilliarde“ führt zu einer verstärkten Kindertagesheimbautätigkeit auf privatem Sektor (z. B. Betriebskindergärten). Hier ergeben sich durch deren Verflechtung mit der MA 11A (Prüfung des Vorhabens, finanzielle Zusage, Betriebsbewilligung) auch zunehmend Begutachtungstätigkeiten für das Referat.

Erstmalig wurde für die Vergabe eines KTH-Neubaues auch ein Gutachterverfahren abgehalten (22., Bernoullistraße). Der Erfolg stärkt die Absicht, dies bei Projekten einer gewissen Größenordnung auch weiterhin so durchzuführen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Bereich der Sanierung bestehender Kindertagesheime. Viele der in den 60er Jahren errichteten Gebäude entsprechen nicht mehr den funktionellen Anforderungen und bedürfen auch hinsichtlich der Bausubstanz dringender Sanierungsmaßnahmen. Der derzeit steigende Bedarf an Krippenplätzen machte Adaptierungsmaßnahmen und damit Entwurfsplanungen für Zu- und Umbauten erforderlich.

Im Rahmen des Programms „Heim 2000“ wird auf dem Gebiet des Heimwesens vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6 bis 8 Jugendliche und deren Betreuer. Eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften ist sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt und wird auch bereits durchgeführt.

Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

Von der Gruppe Amtshäuser werden für die so genannten „anordnungsbefugten Dienststellen“, das sind die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation, Amtsraumlenkung, die Magistratsabteilungen 8, 9, 10, 12, 13, 23, 30, 31, 33, 38, 39, 42, 43, 44, 47, 48, 49, 51, 53, 55, 59, 60, 61, 68, 70 Leistungen der Beratung, Entwurfs-, Einreich- und Ausführungsplanung durchgeführt.

Im Rahmen der Beauftragung von Architekten werden die Planungsvorbereitung, die Vergabeverfahren, das Vertragswesen, die Betreuungs- und Koordinationstätigkeiten sowie die Honorarprüfung durchgeführt.

Von der Gruppe Amtshäuser wurde 2000 die Planung von Wiens erstem „Front Office“ im Amtshaus 15., Gaspasse erstellt. Diese Einrichtung stellt eine besonders kundenfreundliche Servicestelle für Bürger dar, in welcher das Magistratische Bezirksamt und der Bürgerdienst vereint sind. Die Eröffnung ist im Frühjahr 2001 geplant.

Mit der Planung einer weiteren Servicestelle, der „Informationsstelle Ottakring“ wurde begonnen.

Krankenanstalten und Pflegeheime

Die Entwicklung der Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime war in den letzten Jahren vor allem durch die Standortverlagerungen des Mautner Markhof'schen Kinderspitals, der Kinderklinik Glanzing sowie des neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlüssel gekennzeichnet.

Auf dem Gebiet der Altenbetreuung wird durch die Neuerrichtung der beiden Geriatriezentren Nord und Süd eine wesentliche Leistungserweiterung erreicht.

Der Schwerpunkt der Planungstätigkeiten der MA 19 für den Wiener Krankenanstaltenverbund lag im Jahr 2000 im Bereich Umbauten und Standardverbesserungen bestehender Gebäude.

Die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe von Planungsaufträgen liegt im eigenen Wirkungsbereich des Wiener Krankenanstaltenverbundes, eine Beratung der einzelnen Anstalten durch die MA 19 in städtebaulichen und architektonischen Belangen findet laufend statt.

4. Dezernat „Architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Dezernats liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch-stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet.

Die Tätigkeit stellt eine direkte projektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklamanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, dass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbilds bewirken (§ 85 der Bauordnung [BO] für Wien).

Aufgrund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor und die Intensivierung der Betreuung nahm der Aufwand der Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 2000 exorbitant zu.

Referat Architektonische Begutachtung (außerhalb von Schutzzonen)

Im Referat wurden von den Referenten im Berichtsjahr 2000 ca. 7.800 Ansuchen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet (Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen).

Referat Stadtbildpflege in Schutzzonen

Der Schwerpunkt der Gutachtertätigkeit liegt in der Erhaltung des geschützten Bestands. Der Vorrang der Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen in erhaltenswürdigen Gebieten ist gem. §§ 7 Abs. 1a und 85 Abs. 5 und 6 BO betont bzw. gesichert.

Zu behördlichen Bewilligungen in Schutzzonen wurden 2000 durch die Referenten ca. 2.100 Ansuchen bearbeitet. Die Mitarbeiter des Referats nahmen in diesem Zusammenhang an Bauverhandlungen, Lokalaugenscheinen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 100 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21A)

Die Arbeitsschwerpunkte der MA 21A im Jahr 2000 leiten sich aus zwei zentralen Schlüsselthemen ab:

- Die für Wiener Verhältnisse hohe Dynamik der Wirtschaftsentwicklung und Strukturveränderung der Wiener Wirtschaft führt auch in der Flächennutzung zu einer starken Büroflächennachfrage und hohen Investitionsbereitschaft. Brachliegende und untergenutzte Flächen „alter“ Wirtschaftsbranchen (Industrieflächen, Infrastrukturf lächen wie Frachtenbahnhöfe oder Schlachthof) werden intensiveren Nutzungen zugeführt. Dazu werden von der MA 21A auch aktiv wirkende Strategien verfolgt.
- Aus rechtlichen Gründen muss bis 2006 für Wien eine Neufassung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erfolgen.

Kennzeichnend sind deshalb das gleichzeitige Bearbeiten anstehender Aufgaben auf der übergeordneten Stadtteil-ebene als auch auf der städtebaulichen Projektebene (z. B. Erdberger Mais, Messebereich). Daneben wird versucht durch Einführung neuer Arbeitsmethoden und Anwendung neuer Technologien (vor allem im EDV-Sektor) die Planungsergebnisse qualitativ und quantitativ besser zu gestalten.

Bahnhofsareale und Stationsbereiche

- Am Standort 3., **Wien Mitte** wurde nach einem umfangreichen Planungs-, Informations- und Diskussionsprozess die rechtliche Basis für die Neugestaltung des Bahnhofareals mit Errichtung eines großzügigen Urban-Entertainment Centers mit Einkaufs-, Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen sowie Bürokomplexen geschaffen. Damit verbunden ist die Neuorganisation der regionalen Buslinien und des Individual-, Fuß- und Radwegeverkehrs in diesem Bereich.
- Für die Überbauung des Stationsbereich 3., **Rennweg** – Bürogebäude mit vorwiegend öffentlichen Einrichtungen wurde ein Plandokument erstellt.
- Ebenso wurden im Bereich der projektierten neuen **S-Bahnstation 3., St. Marx** grundlegende Festsetzungen für eine spätere bauliche Nutzung nach erfolgter Tieflegung der S7 nächst Landstraßer Hauptstraße/Leberstraße/Grasbergergasse getroffen

Innerstädtische Entwicklungsgebiete

- Für den Bereich **Messe-Prater** waren die entscheidenden Weichenstellungen der Ankauf des Wiener Messe- und Kongresscenters durch die Gemeinde Wien, der Start des Umsetzungsprogramms Messe Wien 2000 sowie die Verpflichtung einer Betreibergesellschaft. Für 2 Flächen wurden Nutzungs- und Bauungsstudien erarbeitet, die in Abstimmung mit der Messeentwicklung und einer optimalen Integration des Bereichs in die umliegende Bezirksstruktur eine weitere Konkretisierung erfahren sollen.
- Bezüglich des Entwicklungsbereichs **U2 – Wehlistraße** wurden die verkehrlichen und nutzungsmäßigen Rahmenbedingungen weiterentwickelt, sodass die beabsichtigten Gutachterverfahren durchgeführt werden können.
- In der Stadtentwicklungszone **Erdberger Mais – Aspanggründe** wurden die Arbeiten zu einer Entwicklungsstrategie finalisiert, ebenso wie die Grundlagenarbeiten zum strukturellen Leitbild für den Erdberger Mais. Für den Bereich Aspanggründe liegen die Arbeiten zum Masterplan als diskussionsfähige Grundlage vor. In einem weiteren Arbeitsschritt sollen Modifikationen bzw. Alternativen erarbeitet werden.
Darüber hinaus wurde ein Studienauftrag über die Umsetzung eines internetfähigen virtuellen Stadtmodells für den Gesamtbereich Erdberger Mais beauftragt, dessen Konkretisierung aufgrund des positiven Studienergebnisses 2001 erfolgt.
- Die Entwicklung großflächiger Betriebsbaugelände wurde im Bereich des **Gasometer-Umfelds** im 3. Bezirk nächst der neuen U3-Station verfolgt, wobei einer reinen Monostruktur durch Vorsehen von Wohnanteilen gegengesteuert werden soll.
- Im Zuge von Betriebsumstrukturierungen und der in Folge entstehenden größeren disponiblen Flächen wurden Widmungen in Richtung innere Stadterneuerung umgesetzt: so soll auf Teilen der **Brauerei Ottakring** im 16. Bezirk ein multifunktionales Bezirksteilzentrum mit zwei Hochhäusern und hochwertigem Wohnraum entstehen (Wohnen im Grünen in der Stadt).
- Das aus einem städtebaulichen Gutachterverfahren hervorgegangene **Leitprojekt Höchstädtplatz** im 20. Bezirk wurde durch entsprechende Bebauungsbestimmungen berücksichtigt. Im Zuge der Neuinterpretation des Platzes, den ein Hochhaus akzentuiert, wurde vorgeschlagen, einen neuartigen Stadtraum bis zur U6-Bahnstation Hellwagstraße zu konzipieren. Durch die Konzeption nutzungsneutraler Bebauungsformen eignen sich die vorgeschlagenen „Stadtregale“ auch für die allgemeinen und spezifischen Anforderungen an einen Standort für ein Fachhochschulzentrum, wobei der Synergieeffekt der halböffentlichen Erdgeschosszone für alle Nutzer zum Tragen kommen wird.

- Für einen Bereich im 3. Bezirk (**Arsenal**) und den Bereich der **Muthgasse** im 19. Bezirk wurde ein städtebauliches Konkurrenzverfahren mit jeweils vier Architektenteams begonnen. Auf diese Weise soll das breite Ideenpotenzial der jungen Architektenteams für die Stadtplanung erschlossen und anhand konkreter Fragestellungen ein breiter Diskurs über grundsätzliche Themen der Stadtentwicklung initiiert werden.
- Im 9. Bezirk wurden neue und ergänzende Nutzungen für Krankenhausareale (**Ehemalige Poliklinik und Bereich der Wiener Privatklinik**) vorgeschlagen, wobei im Blockinneren bestehende Grünflächen der öffentlichen Nutzung zugänglich gemacht werden sollen.

Neue Qualität der Bürgerbeteiligung

- Für den Kernbereich von Hütteldorf im 14. Bezirk wurde durch ein zukunftsorientiertes Bürgerbeteiligungsmodell mit interessierten BürgerInnen aus dem Planungsgebiet, mit Fachleuten, betroffenen Geschäftsleuten, Vertretern der Bezirkspolitik und der Stadtverwaltung das **Bezirksteilverkehrskonzept Hütteldorf** entwickelt. Hier sollen die Bürger nicht nur über Vorhaben informiert, sondern aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, um dadurch eine gemeinsame Willensbildung zu ermöglichen.
- Für die **Lokale Agenda 21 Alsergrund** haben bis März 2000, dem Ende der Pilotphase, aktive BürgerInnen in 6 Arbeitskreisen zahlreiche Projekte unterschiedlichen Realisierungsgrads – unterstützt durch Agenda-Büro, Bezirkspolitik und Verwaltung – selbstständig erarbeitet und dafür mehr als 2.200 Arbeitsstunden ehrenamtlich investiert. Aufgrund der positiven Bilanz der Pilotphase konnte die Weiterführung des Agenda-Prozesses am Alsergrund bis zum Jahr 2002 gesichert werden. Die Pilotphase ist in einem Werkstattbericht der Stadtplanung Wien dokumentiert und publiziert worden.

Garagen

- Für den 18. Bezirk wurden die widmungsmäßigen Voraussetzungen zum Bau der **Volksgarage Schubertpark** geschaffen.
- Ebenfalls im 18. Bezirk wurde unter dem **Währinger Park** ein Garagenstandort berücksichtigt.
- Die **Märzpark/Stadthallengarage** im 15. Bezirk wurde konzeptionell finalisiert und das Widmungsverfahren unter breiter Bevölkerungsinformation abgewickelt.

Kulturelle Infrastruktur

- Nach Durchführung eines EU-weiten, zweistufigen Wettbewerbsverfahrens wurde unter Zugrundelegung des Siegerprojekts das Plandokument für die Errichtung der **Neuen Hauptbibliothek** der Stadt Wien am Neubaugürtel/Urban-Loritz-Platz zwischen 7. und 15. Bezirk erstellt.

Strategische Projekte und EU-Förderungen



- Zur zukünftigen Stadtentwicklung entlang des Westgürtels wurde in Kooperation mit magistratsinternen und -externen Experten, aufbauend auf der Entwicklung einer „Gürtelphilosophie“ das strategische Projekt „**Gürtelmanagement**“ begleitet.
- Im Rahmen des **Ziel-2-Gebietes 2. und 20. Bezirk** wurde für die Sanierung des Hannovermarkts eine Konzeptstudie erstellt, die den weiteren Schritten zugrunde gelegt wird. Hauptziele waren eine Verringerung der Anzahl der Marktstände, die Schaffung von Aufenthaltsräumen bzw. mehrfach beispielbaren Plätzen, die Prüfung von Bebauungsmöglichkeiten sowie die Attraktivierung der Querbezüge und des Erscheinungsbilds.

Sektorale Planungen

- Die im vorangegangenen Jahr diskutierten **Leitlinien für die Bezirksentwicklung** im 16. Bezirk wurden in Form einer Ausstellung der Bevölkerung präsentiert.
- Aufgrund einer Vielzahl von bereits leerstehenden Betriebsflächen im 16. Bezirk entlang der Vorortelinie wird eine Intensivierung der Nutzung erwartet. Da bereits heute das übergeordnete Verkehrsnetz an der Grenze der Leistungsfähigkeit steht, bereits eine Vielzahl größerer Projekte in Bau bzw. in Bewilligung stehen, wurde aufgrund von zukünftigen Nutzungsvarianten der Versuch gemacht, die zukünftigen Verkehrsmengen nicht anhand der Einzelprojekte nachzuweisen, sondern eine systemische Betrachtungsweise im Rahmen eines **Bezirksteilverkehrskonzepts** zu erarbeiten.
- Derzeit existiert in Wien keine ausreichende Entscheidungsgrundlage für die Bewertung von Nutzungen bzw. Möblierungen von Gehsteigen. Es wurden durch die Studie **Wiener Gehsteige** die Grundbedürfnisse des Fußgängerverkehrs definiert bzw. verschiedene Rahmenbedingungen fixiert.
- 1991 ist die Stadt Wien dem Klimabündnis beigetreten. Das damit verbundene Ziel, die CO₂-Emission bis zum Jahr 2010 zu halbieren, soll unter anderem auch mit einer Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf umweltfreundlichere Verkehrsarten (öffentlicher Verkehr, Radfahren) erreicht werden. Im Klimaschutzprogramm der Stadt Wien, das zur Umsetzung der Ziele des Klimabündnisses entwickelt wurde und eines der Projekte des Strategieplans für Wien ist, wurde auch die Förderung des Radverkehrs formuliert. Als konkrete Maßnahme wurde für den **2. Bezirk** ein flächendeckendes Radwegenetz unter Einbeziehung aller beteiligten Dienststellen und des Bezirks erarbeitet.

Verwaltungsbericht 2000
STADTELPLANUNG

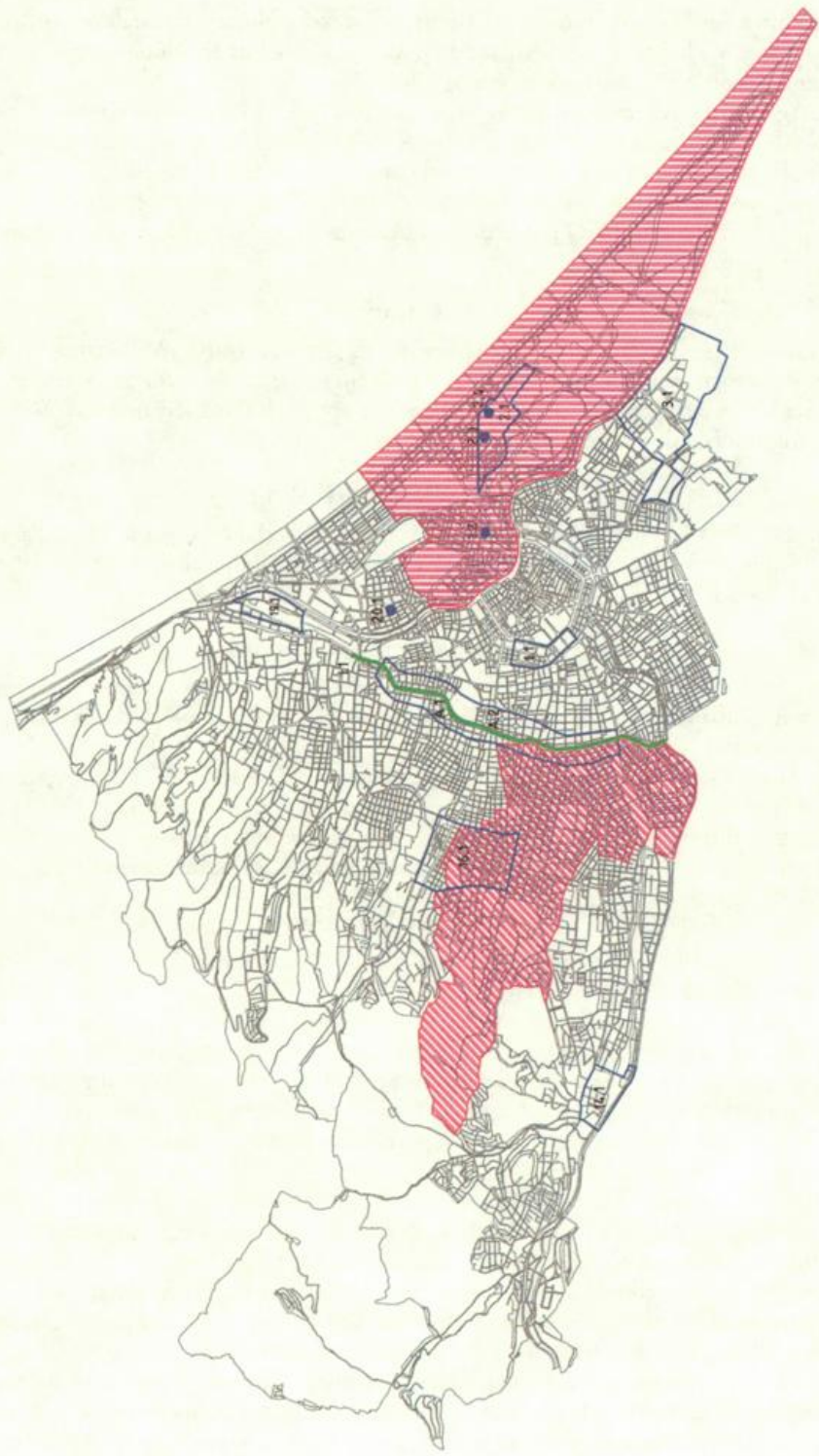
BEZIRKSPLANUNGEN

-  Leitlinien für die Bezirksentwicklung
15., 16. Bezirk
-  Radwegkonzept 2. Bezirk

STÄDTBAU - UND SACHKONZEPTE

-  A.1 URBAN-Planerische Begleitung
-  A.2 Westgürtel
-  11 Buskonzept Museumsbezirk
-  21 U2-Messe-Prefer
-  2.2 Verkehrsüberlegungen Taborstraße
-  2.3 Nutzungskonzept Messeparkplatz
-  2.4 Bebauungs und Nutzungstudie Bereich Vorgartenstraße
-  3.1 Stadtentwicklungszone
-  Erdburger Mals-Aspanggründe
-  14.1 Bürgerbeteiligungsverfahren Bereich Hiltfelderf
-  16.1 Bezirksverkehrs-konzept Seeböckstraße-Hugertstraße
-  19.1 Muthgasse
-  20.1 Konzeptstudie Hannovermarkt

Quelle: Magistratsabteilung 21A
Grundkarte: RBW-Wien, MA14
Bearbeiter: Radaschütz



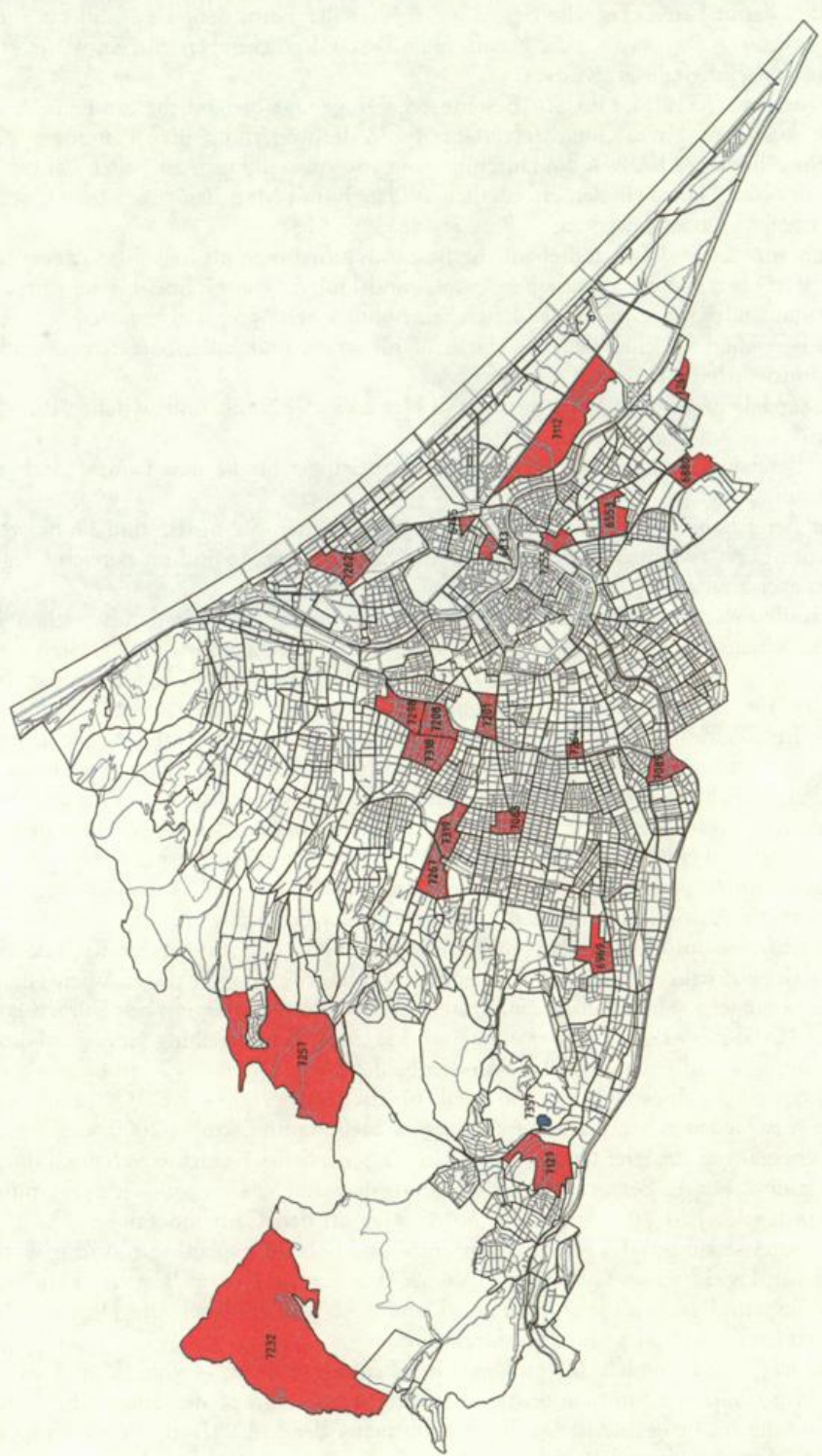
Verwaltungsbericht 2000
FLÄCHENWIDMUNG

Plandokumente des Jahres 2000

Plandokumentkategorie	Hektar	Anzahl
Festsetzung	1338	21
Bausperre	4	1
	1342	22

Fläche in Hektar 13569,2
% bearbeitete Fläche 9,8%

Quelle: Magistratsabteilung 21A
Grundkarte: RBW-Wien, MA14
Bearbeiter: Radaschütz



Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd (MA 21B)

Infolge der Änderung bzw. Neufassung des §1 der Bauordnung für Wien, die durch eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde ausgelöst wurde und die Überarbeitung der gesamten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne bis 1. September 2006 erfordert, ist die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne schwerpunktmäßig von diesem Thema geprägt.

Damit dieses Ziel erreicht wird, wurde vorerst (im Jahr 1998 durch Beauftragung eines Zivilingenieurbüros, nunmehr durch ein mit der MA 14 entwickeltes grafisches System, welches von allen drei Magistratsabteilungen MA 21 A, B, C eingesetzt werden kann) die digitale Erstellung der Entwürfe zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen von Grundrücken und Rotdrucken bis zur Beschlussfassung durchgezogen.

Im Jahr 2000 konnten damit bereits fast alle Beschlüsse in digitaler Form dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, dies umso mehr, als auch die beauftragten Bestandserhebungen und Entwürfe größtenteils in digitaler Form geliefert bzw. nachdigitalisiert wurden.

Es wurden im Berichtsjahr ATS 11,4 Mio. für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien, Verkehrs- und Grünraumstudien, für die Ausrichtung von Gutachterverfahren und die weiterführenden Planungen nach Abschluss des städtebaulichen Ideenwettbewerbs KDAG, die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planetenwürfen der MA 21B sowie den erforderlichen Plänen und Modellen zur Präsentation von abgeschlossenen Planungen und Ergebnissen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei **städtebauliche Bestandsaufnahmen** für folgende Gebiete erstellt:

- 10. Bezirk: in den Bereichen zwischen Laaer Berg-Straße und Ludwig-von-Höhnel-Gasse, Kurpark zwischen Filmteichstraße und Donauländebahn sowie in den Bereichen Böhmischer Prater und Vogental
- 11. Bezirk: in den Bereichen zwischen Albener Hafenzufahrtsstraße und Jedletzbergerstraße und am Kanzelgarten sowie zwischen Mannswörther Straße und Sendnergasse
- 12. Bezirk: in den Bereichen zwischen Schlöglgasse und Hetzendorfer Straße und zwischen Ruckergasse und Meidlinger Hauptstraße
- 13. Bezirk: in den Bereichen zwischen Anatourgasse und Speisinger Straße und Lainzer Bach zwischen Hermesstraße und Jaunerstraße
- 23. Bezirk: in den Bereichen beiderseits der Triester Straße zwischen Sternegasse und Dobrowskygasse, zwischen Rielgasse und Valentingasse, zwischen Kellerberggasse und Schellenseegasse und im Bereich Gregorygasse zwischen Liesingbach und Erlaaer Straße

Bei den **Bebauungsstudien** wurden **städtebauliche Bearbeitungen** im 10. Bezirk in den Bereichen Wien-Hauptbahnhof (Fortsetzung) und Wiedner Gürtel-Landgutgasse-Arsenalstraße durchgeführt, im 11. Bezirk ein städtebauliches Gesamtkonzept (Masterplan) und Marktstrategien für das südliche Gasometervorfeld erarbeitet. Im 23. Bezirk entstanden neue Entwürfe für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die Gebiete zwischen Oberlaaer Straße und Kolbegasse sowie für das Industriegebiet Liesing zwischen Leybelgasse und Lemböckgasse. Darüber hinaus wurde auch eine Vertiefung der Bebauungsstudie in der Wiesen und im Rahmen eines Expertenverfahrens ein städtebauliches Gutachten für den Bereich Gregorygasse-Unliver Ost im 23. Bezirk beauftragt.

Bezüglich des **Grünraums** wurde eine Studie zum Thema „Naherholung im Wienerwald“ für den südwestlichen Teil des Wienerwalds erarbeitet und eine Grünraumplanung für das Industriegebiet Liesing erstellt.

An **Verkehrsplanungen** wurden partielle Radwegkonzepte für den 10. und den 11. Bezirk erstellt und ein verkehrliches Maßnahmenkonzept in Abstimmung mit den Ausbaustufen der Bebauung „In der Wiesen“ ausgearbeitet.

Die Erstellung je eines **Kinder- und Jugendplans** für Meidling und Hietzing runden den Kreis der Studien ab.

Für die **Nachnutzung** des ehemaligen Geländes der Kabel- und Drahtwerke (KDAG) in Wien 12., Oswaldgasse wurden, nachdem in den vorangegangenen Jahren ein städtebaulicher Ideenwettbewerb mit Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt und im Vorjahr ein Leitprojekt erarbeitet wurde, nach der Erstellung eines Leitkonzepts Vorentwürfe für einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan von den beiden Preisträgern des Wettbewerbs erstellt. Eine visuelle Form wurde in der Darstellung eines Umgebungsmodells für die „Stadt 2000 – KDAG“ beauftragt und dazu Autocad-Perspektiven von verschiedenen Standpunkten in einer Ausstellung im Oktober 2000 vorgestellt.

Für das Gelände der ehemaligen Brauerei Liesing wurde ein städtebauliches Gutachtenverfahren unter Beteiligung von neun Experten durchgeführt. Für die Beratung zur Grünplanung und zum Verkehr wurde je ein Planungsbüro beauftragt. Von der MA 21B wurden im Jahr 2000 insgesamt 36 **Anträge an den Gemeinderat** gestellt. 35 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans. Ein Antrag wurde wegen Verhängung einer Bausperre für das ehemalige Gelände der Wiener Brückenbau AG im Bereich Laxenburger Straße-Oberlaaer Straße gestellt. Die erforderlichen Plankopien und Plandrucke wurden dabei vom Dezernat Reprografie erstellt, das diese Arbeiten auch für die MA 21A und 21C durchführte.

Einzelne Antragsentwürfe – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder in der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der MA 21B der Bevölkerung vorgestellt. Eingebrachte Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern wurden in vielen Fällen in den Entwurf des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans eingearbeitet.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Unterlaa, wo ländliche Flächen, Wald- und Wiesengebiete sowie Siedlungsgebiete an der Klederinger Straße behandelt wurden, im Bereich Oberlaa an der Fontanastraße und Kurbadstraße sowie in der Per-Albin-Hanson-Siedlung Ost, die in zwei Anträgen neu festgesetzt wurde.

Neben diesen größeren Anträgen, die vor allem wegen der Neufassung des § 1 der Bauordnung für Wien so zahlreich abgefasst wurden, gibt es aber auch eine Vielzahl kleinerer Gebiete, wie das Betriebsbaugelände am Frachtenbahnhof Matzleinsdorf an der Triesterstraße oder das Siedlungsgebiet an der Rustenfeldgasse und der Kleingartenanlage Südhand an der Laxenburger Straße, die gleichfalls neu gewidmet wurden.

Im 11. Bezirk lagen die Schwerpunkte der Neufestsetzungen im Gärtnereigebiet der Simmeringer Haide (Kaiser-Ebersdorfer Straße und Hörtingasse), wo zwei Anträge an den Gemeinderat erforderlich waren. Weiters wurde die Sonderabfallanlage Simmering sowie der Bereich Geiselbergstraße–Leberstraße–Grillgasse mit der ÖBB-Hauptwerkstätte und den Kleingartenanlagen am Werkstättenweg neu gewidmet.

Im 12. Bezirk wurde der dicht bebaute Meidlinger Stadtteil beiderseits der Niederhofstraße, in Altmannsdorf der Bereich östlich der Breitenfurter Straße und eine Garage unter dem Steinbauerpark neu gewidmet.

Im 13. Bezirk lagen die Schwerpunkte bei den Siedlungen rund um den Girzenberg mit den Schutzgebieten Wald- und Wiesengürtel (SWW), dem Bundesseminar für landwirtschaftliches Bildungswesen und der Kleingartenanlage Trazerberg, dem Siedlungsgebiet am Königlberg mit dem ORF-Zentrum sowie dem Gebiet zwischen Veitingergasse und Gobergasse.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Esembles wurden im 13. Bezirk Schutzzonen neu festgesetzt bzw. erweitert. Es geschah dies für das Gebiet Auhofstraße–Hietzinger Hauptstraße, wo für den Bereich St.-Veit-Gasse die bestehende Schutzzone erweitert wurde, in den Bereichen Lainzer Straße 119 bis 149 und Einsiedeleigasse – Schweizertalstraße wurden die bestehenden Schutzzonen wieder festgesetzt.

Im 23. Bezirk lagen die Schwerpunkte der Neuüberarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans im Bereich Porschestraße–Akaziengasse mit den Betriebsansiedlungen und der Wohnhausanlage in der Wiesen, bei den Gärtnereien an der Rößlbergasse und dem Gebiet um die Wohnhausanlage an der Putzendoplergasse.

Dem Leitbild der Kundenorientierung folgend, wurde im Planungshaus, Rathausstraße 14–16, unter Federführung der MA 21B eine gemeinsame Planungsauskunft der Planungsabteilungen eingerichtet. Diese moderne Informationsstelle wurde am 6. März 2000 eröffnet und erfreut sich, bedingt durch die ausgedehnten Öffnungszeiten (Montag bis Freitag 8.00 bis 12.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr), steigender Beliebtheit.

Seitens der MA 21B wurden alle für die Tätigkeit des Fachbeirats für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 8 Sitzungen 91 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 7 Abänderungen bzw. 84 Festsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans zum Ziel hatten, 11 Planungsvorhaben von der MA 19 und 5 Projektvorlagen, denen Gutachterverfahren vorausgingen, vorgelegt.

Von den drei Stadtteilplanungsabteilungen wurden insgesamt 82 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderats wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, seitens der MA 21B an die Magistratsdienststellen versendet, für den Verkauf vorbereitet und verkauft. Von der MA 21B wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter, im Rahmen der öffentlichen Auflage von Planentwürfen, die von den drei Stadtteilplanungsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt.

Insgesamt wurde im Jahr 2000 eine Fläche von 3.308 Hektar (ha) in den 82 Anträgen behandelt. Davon wurden 965 ha von der MA 21B bearbeitet.

Im Jahr 2000 wurden 21.643 Adressänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des großen Anwenderbereichs Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adressprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Die statistischen Einheiten des RBW, die als Grundlagen für viele Applikationen im EDV-unterstützten Verwaltungsvollzug des Magistrats verwendet werden, wurden auf der Großanlage und im Geografischen Informationssystem (GIS) in einem täglichen Änderungsdienst aktualisiert. Dabei wurden auch vermeintliche Differenzen zwischen den beiden Datenträgern Großanlage und GIS als Vorbereitung für die Großzählung 2001 überprüft.

Die Verkäufe und Bestellungen der digitalen Mehrzweckkarte (auf Datenträger) werden vom Kartenverkauf seit 1998 getrennt durchgeführt. Bei den über die MA 21B gelaufenen, verrechneten Bestellungen konnten im Jahr 2000 verrechnete Umsätze von ATS 6,2 Mio. erzielt werden. Im abgelaufenen Jahr wurden mehr Pläne mit den weitaus billigeren Rasterdaten im Gegensatz zu den hochwertigeren Vektordaten bestellt, wodurch sich die Umsatzsumme wesentlich verändert hat. Zusätzlich wurde im Jahr 2000 der Hektarpreis um ca. 40 % herabgesetzt.

Auf dem 1989 installierten Anschluss an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr 10.640 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der MA 21B durchgeführt. Durch den vermehrten Einsatz des von der MA 14 mit der MA 40 ausgearbeiteten Grundstücksinformationssystems (GRUGIS) sind die Einzelabfragen bereits stark zurückgegangen (ca. 50 %). Die wegen der Kosten an den Bund vorgegebenen monatlichen Limits wurden bei weitem nicht mehr erreicht.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfüigten **Neubenennungen bzw. Umbenennungen** von Verkehrsflächen, Park- und Wohnhausanlagen wurden 42 Ansuchen behandelt, von denen 29 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die grafischen Unterlagen für die dazu erforderliche Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der MA 21B angefertigt.

Die Baupolizei (MA 35, MA 37) hat der MA 21B 1.066 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 328 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, geprüft und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 206 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Aufgrund des **Wohnhaussanierungsgesetzes** wurden 1.024 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 876 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 148 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der MA 21B eingebracht.

Im **Dezernat Reprografie** der MA 21B wurde im Berichtsjahr 2000 in den Produktionsbereichen Mikrofilmstelle, Reprofotografie, Lichtpauserei, Großflächenkopie, Farbkopie, Adressieranlage, Endfertigung (Broschürenherstellung) und Druck Aufträge im Wert von mehr als ATS 12,41 Mio., in der Kopierstelle Aufträge im Wert von ATS 3,55 Mio. vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrats abgewickelt.

Dazu zählen vor allem der Druck der Plandokumente für die MA 21A, B und C sowie Aufträge aus den Bereichen der Gruppe Planung und der technischen Dienststellen des Magistrats. Auch im Bereich Mikrofilmstelle ist trotz des immer stärker werdenden Einsatzes der digitalen Technik eine hohe Auslastung zu verzeichnen. So werden in diesem Produktionsbereich Akten der MA 62, MA 40 und nicht zuletzt der Buchhaltungsabteilungen der MA 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek der MA 18 und die Plakatsammlung der MA 9 sowie Pläne der MA 29, MA 41 und der MA 45 auf Mikrofilm archiviert, da das Medium Mikrofilm als einziges die Daten- und Rückgriffssicherheit auf viele Jahre (Schwarzweiß-(SW-)Mikrofilm ca. 100 Jahre, Farbmikrofilm über 100 Jahre) gewährleistet.

Im Rechnungsjahr 2000 wurde ein Mikrofilmscanner für SW-Mikrofilmprodukte angekauft, um eine Verbindung zwischen Mikrofilmtechnik und digitaler Technik zu erreichen. Mit diesem Gerät werden von Mikrofilmprodukten (Jackets, Fiche) digitale Datensätze erstellt. Diese Dienstleistung wird momentan von MA 29 und MA 41 genutzt, um Pläne mit Datenbanken zu verknüpfen. Es haben auch schon einige andere Magistratsdienststellen Interesse an dieser Dienstleistung bekundet.

In der Kopierstelle für SW-Kopien in den Formaten A3 und A4 wurden im vergangenen Jahr über 6,16 Millionen Kopien für magistratsinterne Nutzer vorwiegend im Einzugsbereich Rathaus erstellt.

Auch im Berichtsjahr 2000 konnte ein weiterer Anstieg an Aufträgen im Bereich Farbkopie A3 und A4 verzeichnet werden. Der Prozentsatz an Aufträgen bei welchen digital erstellte Dokumente auf dem digitalen netzungebundenen Hochleistungsfarbkopiersystem direkt vom Datenträger bzw. direkt „übers Netz“ ausgedruckt werden, ist stark steigend, da Qualitätssteigerung bei gleichzeitiger Zeitersparnis erreicht wurde.

Da die Nachfrage nach Broschüren in den letzten Jahren stark angestiegen ist, wurde im Jahr 2000 eine Zusammen-trag-, Lagenfalz- und Heftmaschine angeschafft.

In der Kartenverkaufsstelle, welche seit März 2000 gemeinsam mit der neuen Planauskunft Wien geführt wird, wurden Plandokumente, Mehrzweckkarten und Produkte des Dezernats Reprografie (Bauakte der MA 37, Akte der Schlichtungsstelle der MA 16 u. Ä.) im Wert von ATS 0,94 Mio. verkauft.

Das Dezernat Reprografie der MA 21 B verwaltete im Rechnungsjahr 2000 ATS 4,0 Mio. für die grafische Produktion und ihre Agenden als Fachdienststelle für Mikrofilm.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost (MA 21C)

Planungen in den Bezirken

21. Bezirk

Aufbauend auf die im vorigen Jahr beauftragten Untersuchungen (Verkehrsstudie) für das Umfeld der geplanten U1-Station **Aderklaaer Straße**, wurde ein **städtebauliches GutachterInnenverfahren** durchgeführt, wobei die Arbeiten von 7 geladenen ArchitektInnen bzw. -teams von einer Jury, bestehend aus externen Fachleuten, Politikern und Magistratsplanern beurteilt wurden. Nach insgesamt 3 Bearbeitungsstufen wurde das GutachterInnenverfahren abgeschlossen, und das Ergebnis liegt nunmehr in Form eines Leitprojekts vor. Die entsprechenden **Widmungsverfahren** („Brachmühle“ und, für die erforderlichen verkehrlichen Rahmenbedingungen, die Straßenspanne Seyringer Straße) wurden eingeleitet.

Zur Dokumentation der vielfältigen Arbeitsbereiche der Stadtplanung wurde eine **Ausstellung** mit dem Thema „**Floridsdorf zeigt Zukunft**“ zusammengestellt und im Rahmen des „Tags der offenen Tür“ in Floridsdorf erstmalig **präsentiert**. Die Ausstellung, die auch im Internet veröffentlicht wurde, zeigt Wohn- und Arbeitsplatzprojekte sowie soziale Infrastruktureinrichtungen, Planungen für Grün- und Erholungsflächen und Verkehrsvorhaben.

In Abstimmung mit dem Radweg-Lückenschlussprogramm für Wien wurde für die Jedleseer Straße eine **Radwegplanung** beauftragt, und in enger Zusammenarbeit mit Vertretern des 21. Bezirks erarbeitet, diese liegt nunmehr als Grundlage für weitere Planungsschritte vor.

Zur weiteren **Beschaffung von Grundlagen** wurde für das Lange Feld eine städtebauliche Bestandsaufnahme beauftragt und für die Bereiche Peitlgasse, Heeresspital und Stammersdorf-Ost entsprechende Aktualisierungen der digitalen Nutzungserhebungen abteilungsintern durchgeführt.

Die im Jahr 1999 begonnenen **Verfahren zur Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans** der Siedlungsbereiche Justgasse, Rittingergasse, Andreas-Hofer-Straße, Achengasse und Tiefweg wurden abgeschlossen. In Fortsetzung der widmungsmäßigen Behandlung von Kleingartengebieten in Floridsdorf wurden für die Anlage der Firma Siemens, den Kleingartenverein an der Stammersdorfer Straße und die große ÖBB-Anlage „Wagenwerk“ die entsprechenden Verfahren beendet.

Das Verfahren für die Donauinsel (21. und 22. Bezirk) wurde fortgesetzt und magistratsintern abgeschlossen.

An neuen Plangebietern die im Jahr 2000 widmungsmäßig bearbeitet wurden, sind die Bereiche Bruckhaufen (Beschluss erfolgt), Heeresspital, Satzingerweg, Trillergasse, Pilzgasse, Spöttlgasse, Semmelweisgasse, Fultonstraße und Anton-Bosch-Gasse zu erwähnen.

22. Bezirk

Für die Bereiche um die Stationen Stadlau und Aspernstraße der **U2-Verlängerung** wurden **GutachterInnenverfahren (GAV)** durchgeführt. Aufbauend auf dem Ergebnis des GAV wurde für die Umgebung der Station Aspernstraße bereits ein **städtebauliches Leitprojekt** erstellt.

Die vom **Projektteam Donau City** erstellte Internetseite sowie die digitale Datenaufbereitung und Visualisierung von Projekten für das Stadtentwicklungsgebiet Donau City werden laufend aktualisiert. Die Begleitung neuer Projekte, wie des Eurus Office Center, oder der geplanten Euro Control ist nach wie vor Aufgabe des Projektteams. Für den angedachten Kulturbau im südlichen Abschnitt der Donau City wurden gemeinsam mit der Geschäftsgruppe Kultur weitere Schritte im Hinblick auf eine Ideenfindung und deren Umsetzung gesetzt. Für den Rampenbereich der Anbindung an die Wagramer Straße wurde eine Machbarkeitsstudie im Hinblick auf mögliche zusätzliche Nutzungen durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Diskussion durchgrünter Wohnformen wurden mehrere Bebauungsstudien erstellt, die vor allem im **Raum Breitenlee** (Breitenlee Nord, Podhagskygasse, Pichlgasse und Pawlikgasse) sowie in **Süßenbrunn** an der Bettelheimstraße die Rahmenbedingungen für eine Umsetzung des angekündigten Programms „**Durchgrüntes Wohnen**“ darlegen.

Im Bereich Breitenlee Nord wurde darüber hinaus für Teilbereiche ein städtebauliches Gutachterverfahren durchgeführt, auf dessen Ergebnis in der Folge der Entwurf für einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan aufbauen wird. In Zusammenhang mit einer künftigen Erweiterung des **Gewerbeparks Stadlau** wurde ein Verkehrsgutachten für eine Umfahrung des Hirschstettner Ortskerns sowie zur Entlastung bestehender Kreuzungen und der Realisierung der „**Stadlauer Straße neu**“ beauftragt.

Aufbauend auf das **Lückenschlussprogramm Radverkehr 2000** wurde in Abstimmung mit dem Bezirk und den Verkehrsdienststellen für den Bereich zwischen Donauzentrum und Genochplatz die Planung einer Radverkehrsanlage durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Altlastensicherung des Mobil-Areals in der Breitenleer Straße wurde eine landschaftsplanerische Studie für den **Grünzug östlich der B 302** erstellt. Dabei wurden, unter Einbeziehung eines Freizeitparkprojekts, Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in Varianten aufgezeigt.

Basierend auf der im Jahr 1999 erstellten Review „**Planungen und Realisationen der 90er Jahre**“ wurde eine vertiefende Studie im Rahmen eines Leitlinienkonzepts für den Bereich **Eßlinger Furt** erarbeitet, die bereits konkrete Ausgestaltungsvorschläge für diesen Nationalparkzugang beinhaltet.

An den Sitzungen des von der Bezirksvorstehung geführten **Arbeitskreises Stadlau** wurde regelmäßig teilgenommen.

Zeitlich begrenzte Bausperren wurden für das Areal der Carl-Kaserne im Zusammenhang mit noch zu klärenden Nutzungsabsichten sowie für den Bereich Contiweg im Zusammenhang mit der Anbindung an übergeordnete Verkehrsadern verhängt bzw. verlängert.

Mehrere **städtebauliche Bestandsaufnahmen** mit Problemanalysen für Gebietsüberarbeitungen wurden beauftragt, diese betrafen die Gebiete Langobardenviertel, Industriestraße Süd, Siedlung Wulzendorf, Erzherzog-Karl-Stadt Ost sowie Zschokkegasse.

Die vom Gemeinderat **beschlossenen Planentwürfe** in Donaustadt umfassten die Bereiche Industriepark Nord, Kleehäufel, Schanze 28, südlich des Mühlwassers, Industriezone Stadlau, Rugierstraße, Ortskern und Westrand von Eßling, Kriegerheimstätten, Zschokkegasse und den Lettenhaufen.

In Vorbereitung bzw. in Bearbeitung für angestrebte **Widmungsverfahren** befanden sich unter anderem Gebietsbearbeitungen für die Bereiche Donauinsel, Lettenhaufen, Franz-Josefs-Land, Hirschstetten, Gewerbepark Hirschstetten, Donauzentrum, weitere Abschnitte zwischen Mühlwasser und Donauinsel, mehrere Teilflächen in Breitenlee, Flächen von der Erzherzog-Karl-Straße bis zur Siedlung Wulzendorf, die nördlichen und südlichen Teilbereiche von Eßling sowie Neu-Süßenbrunn.

Bezirksübergreifende Planungen und Arbeiten

Das vom Arbeitskreis Donauraum bearbeitete „**Stadtstrukturelle Nutzungskonzept Donauraum Wien 2000 – Leitbild**“ wurde nach Fertigstellung dem Gemeinderat vorgelegt und am 29. Juni 2000 beschlossen.

Angesichts der Bedeutung des Wiener Donauraums als Erholungsgebiet und in Zusammenhang mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Nutzungskonzept wurden die Vorbereitungen für die Erstellung einer Publikation der Reihe „Stand der Dinge“ in Verbindung mit einer Ausstellung und Internetpräsentation eingeleitet.

Die von einem planungsinternen Arbeitskreis unter Federführung der MA 21C ausgearbeiteten Vorschläge für eine raumordnerische **Regelung für Großprojekte im Veranstaltungsbereich** (Kinocenter, Entertainmentcenter) wurden in die Bauordnungskommission eingebracht. Der in der Folge erstellte Entwurf einer Bauordnungsnovelle durchlief das magistratsinterne Begutachtungsverfahren, soll weiter in enger Zusammenarbeit mit den Planungsdienststellen konkretisiert und im Lauf des Jahrs 2001 zur Beschlussfassung durch den Landtag gebracht werden.

EDV-Aktivitäten

Im Arbeitskreis „**GIS-gestützte Flächenwidmung**“ (unter Koordination der MA 21C) wurde im abgelaufenen Jahr der Schwerpunkt der Entwicklung in die kartografische Qualität (verschiedene Maßstäbe) sowie die Datensicherheit (logisch-inhaltliche Prüfungen) gelegt. Durch die Weiterentwicklung der EDV-Werkzeuge werden nunmehr alle neuen Planentwürfe auf digitaler Basis erstellt.

Parallel dazu wurden auf der konzeptiven Ebene jene inhaltlichen Erfordernisse und Rahmenbedingungen definiert, welche die Basis für die Verknüpfung von Grafik- und Textteil der Plandokumente darstellen.

Darüber hinaus wurde auch ein EDV-Tool in der Abteilung implementiert, mit dem verschiedene Plangrundlagen aus Datenbeständen anderer (Dienst-)Stellen direkt in der Abteilung generiert und in einer – auf die Maßstabebene des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans abgestimmten – kartografischen Qualität geplottet werden.

Neustrukturierung der EDV in der Stadtplanung

Ausgehend von den Empfehlungen aus der Organisationsanalyse durch Coopers & Lybrand wurde unter Leitung der MA 21C innerhalb der Stadtplanungsabteilungen ein Konzept für die Neuorganisation der EDV erstellt. Nach magistratsinterner Abstimmung erging im November 2000 der Auftrag zur Implementierung dieser neuen Organisationsstruktur durch den Herrn Bereichsdirektor für Stadtplanung. Das Konzept sieht vor, dass den Planungsabteilungen nach den Gesichtspunkten einer sachlichen und kapazitätsausgewogenen Arbeitsteilung Schwerpunktaufgaben in Hinblick auf die Entwicklung und Betreuung von EDV-Anwendungen zugeordnet sind; die Zuständigkeit der MA 21C liegt gemäß diesem Konzept im Bereich „Grundlagen für Flächenwidmungs- und Bebauungspläne“ sowie „Thematische Sonderoperat“ (z. B. Kommission zur Optimierung des Grundstückmanagements [KOG]).

Die Gesamtkoordination dieser EDV-Aktivitäten sowie die Vorbereitung strategischer EDV-Entscheidungen auf Stadtplanungsebene erfolgt durch eine abteilungsübergreifende Koordinationsgruppe unter Federführung der MA 21C.

Für den Großteil der zusammenhängenden Betriebsflächen in Wien-Nordost wurde der Bestand fortgeführt und für die Besprechungen der KOG planlich aufbereitet.

Überdies wurde die Erweiterung des **Internet-Grafik-Auskunftsdiensts über den Flächenwidmungsplan** in Angriff genommen, in dem zukünftig auch die grafischen Inhalte des Bebauungsplans dargestellt werden, wie auch die Abgrenzung und Nummern der gültigen Plandokumente.

Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 22 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden 2 zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dgl.) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfasst 925 Hektar, somit ca. 6 % der Fläche der beiden nordöstlichen Wiener Gemeindebezirke. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm“, der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 50 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 18 Gebiete in Vorbereitung. Der Abteilung wurden 990 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grundlage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 666 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 29 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten ATS 8,9 Mio. Die Aufgliederung nach räumlichen Teilgebieten ergab für den 21. Bezirk ATS 2,1 Mio., für den 22. Bezirk ATS 5,8 Mio. Für bezirksübergreifende bzw. räumlich nicht zuordenbare Arbeiten wurden ca. ATS 0,2 Mio. aufgewendet.

Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für GutachterInnenverfahren und Stadtteilplanung ATS 5,6 Mio., für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr ATS 1,4 Mio., für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ATS 1,1 Mio., für Sonderaufgaben/EDV wurden ATS 0,6 Mio. und für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden ATS 0,2 Mio. verwendet.

Ausbildung

Im Rahmen der Jobrotation wurden intensiv Kontakte zu anderen Abteilungen (Magistratsabteilungen 18, 19 und 37) bzw. zu den Wiener Fonds geknüpft (Wiener Wirtschaftsförderungsfonds [WWFF], Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds [WBSF]). Dadurch ergeben sich wertvolle Synergien für eine zukünftige Zusammenarbeit.

Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahr 2000 2.802 km öffentliche Straßen, von denen 215 km Bundesstraße B, 41 km Autobahnen und 2.546 km Gemeindestraßen waren.

Für Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden an Einbautendienststellen bzw. Einbautenträger und an private Bauwerber zusammen 12.320 Bewilligungen für Aufgrabungen gemäß der Kundmachung des Wiener Magistrats erteilt.

Gemeindestraßen

Hauptstraßen

Fortsetzungsarbeiten

- 5., Arbeitergasse von Spengergasse bis Margaretengürtel: Kompletter Straßenneubau (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen)
- 20., Klosterneuburger Straße von Gerhardusgasse bis Wallensteinstraße: Fahrbahn- sowie beidseitige Gehsteigumbauten
- 21., Gerasdorfer Straße von Ruthnergasse bis Draugasse: Kompletter Straßenausbau (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellflächen und Radwege)

Neue Baumaßnahmen

- 3., Rennweg von Schwarzenbergplatz bis Fasangasse: Straßenumbau (Belagerneuerung der Fahrbahn und Gehsteige)
- 6., Webgasse von Gumpendorfer Straße bis ONr. 42: Fahrbahn- und Abstellflächenerneuerung
- 10., Trostraße von Laxenburger Straße bis Ettenreichgasse: Fahrbahnerneuerung
- 14., Einwangasse von Penzinger Straße bis Cumberlandstraße: Fahrbahnbelagsaufbringung und Abstellflächenerneuerung
- 19., Grinzinger Allee von Billrothstraße bis Grinzinger Straße: Fahrbahnerneuerung
- 22., Breitenleer Straße von Schukowitzgasse bis Telefonweg: Generalsanierung der Fahrbahn

Nebenstraßen

Auszugsweise einige Straßen Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten:

- 2. Bezirk: Sebastian-Kneipp-Gasse (2-14); Engerthstraße (232-236)
- 7. Bezirk: Neustiftgasse (50-52); Burggasse (47-53)
- 11. Bezirk: Mautner-Markhof-Gasse (43-53, 50-62)
- 15. Bezirk: Hütteldorfer Straße (16-26, 45-71)
- 16. Bezirk: Herbststraße/Gürtel

Im Zuge der Herstellung von **Siedlungsstraßen** wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen durchgeführt. Unter anderen:

- 14. Bezirk: Siedlung „Kordon“ (4. und 5. Bauteil), Zyklamengasse u. a.
- 22. Bezirk: Strigelgasse
- 23. Bezirk: Gütenbachstraße

Die Neuherstellung von **Radwegen** bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten wurde im Jahr 2000 fortgeführt (insgesamt wurden 3.700 m Radwege neu errichtet).

Nachstehend einige Beispiele:

- 12. Bezirk: Rechte Wienzeile (Rotenmühlgasse bis Fabriksgasse)
- 21., 22. Bezirk: Zehdengasse (J.-Baumann-Gasse bis Eipeldauer Straße)
- 23. Bezirk: Ketzergasse (W.-Leeb-Gasse bis Färbmühlgasse)

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von **Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen** wurden im Jahr 2000 fortgesetzt bzw. begonnen, so u. a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze:

- 1. Bezirk: Judenplatz (Parisergergasse, Jordangasse u. a. einmündende Gassen)
- 4. Bezirk: Schlüsselgasse
- 5. Bezirk: Einsiedlerplatz und Embelgasse (Einsiedlerplatz bis Margartetenstraße)

Zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit an Unfallsschwerpunkten** wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt (wie z. B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Fahrbahnaufpflasterungen inklusive Polleraufstellungen etc.):

- 2. Bezirk: Lilienbrunnengasse
- 7. Bezirk: Zieglergasse
- 10. Bezirk: Fernkorngasse
- 14. Bezirk: Hütteldorfer Straße
- 15. Bezirk: Märzstraße
- 22. Bezirk: Wagramer Straße

Bei Arbeiten im Zuge des **Behindertenprogramms** wurden in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen errichtet, um u. a. das Befahren mit Rollstühlen, Kinderwägen etc. zu erleichtern.

- 3. Bezirk: Untere Weißgerberstraße
- 4. Bezirk: Wiedner Gürtel
- 5. Bezirk: Rechte Wienzeile
- 6. Bezirk: Gumpendorfer Straße
- 11. Bezirk: Kaiserebersdorfer Straße
- 19. Bezirk: Döblinger Gürtel

Der **U-Bahn-Bau** löste auch im Jahr 2000 wieder eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. In folgenden Teilbereichen wurden leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr errichtet und großflächige Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet.

- 1. Bezirk: Karlsplatz
- 1. und 8. Bezirk: Friedrich-Schmidt-Platz
- 2. Bezirk: Praterstraße (Schrottgießergasse bis Rotensterngasse)
- 11. Bezirk: Simmeringer Hauptstraße, Teilabschnitte von beinahe allen einmündenden Nebenstraßen

Im Zusammenhang mit der **Aufschließung von Betriebsbaugebieten** erfolgte im Industriepark Nord (22. Bezirk) der Vollausbau der Niedermoserstraße und des Dassanowskyweges sowie die Neuherstellung der Hermann-Gebauer-Straße und der Rudolf-Hausner-Gasse.

In Bezug auf die straßenmäßige **Erschließung von Stadterweiterungsgebieten** zum Zweck der Errichtung von Wohnhausanlagen seien auszugsweise die Stadterweiterungsfläche 10.12 (Wienerberggründe) sowie die Ergänzung zum Business-Park-Vienna (Wienerberg-City) im 10. Bezirk erwähnt.

Im Zuge der **laufenden Instandhaltungsarbeiten** wurden im Jahr 2000 in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Ausbesserungsarbeiten ausgeführt.

Im Jahr 2000 kamen wieder **Straßenbauten kleineren Umfangs für andere Dienststellen** in einigen Bezirken zur Durchführung und zwar vorwiegend für die Wiener Linien (U-Bahn-Bau und Errichtung von so genannten „Haltestellenkaps“) sowie Umbauten zum Zweck des Beschleunigungs- bzw. Bevorrangungsprogramms für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u. a.). Für die MA 49 waren im vergangenen Jahr Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich.

EU-Projekt „URBION“ (Nr. 15, Westgürtel)

- Maßnahmen im öffentlichen Raum der Gürtelmittelzone zur Aufwertung dieses Gebietes als Aufenthaltsraum (gestalterische Maßnahmen, Schaffung zusammenhängender Grünflächen, konfliktfreie Rad- und Gehwegführung u. a.).

Bundesstraßen

Bundesstraßen A (Autobahnen): Wichtige Bauten im Berichtsjahr 2000

Fortsetzungsarbeiten aus 1998 bis 2000

- A 23 – 2., Instandsetzung und Umbau Prater Hochstraße:
Generalsanierung und Verbreiterung (Umbau- und Belagsarbeiten im Bereich Knoten Prater und Anschlussstelle Handelskai), Errichtung einer neuen Lärmschutzwand.

Neubeginne 2000

- A 23 – 10., Knoten Landstraße bis Anschlussstelle Arsenal: Spurrinnensanierung im Bereich des 2. Fahrstreifens auf der Richtungsfahrbahn Süd.
- A 23 – 3., Abfahrt Landstraßer Gürtel: Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wurde die Fahrbahn der Abfahrtsrampe verbreitert und zwischen der Auffahrts- und Abfahrtsrampe eine Betonleitwand als Fahrbahnteiler errichtet.

Bundesstraßen B

Größere Straßenbauarbeiten

Fortsetzungsarbeiten aus 1999 bis 2000

- B 3 – 21., Neue Trasse von Donauefelder Straße bis Leopoldauer Straße: Neubau einer zweispurigen Bundesstraße samt Rad- und Gehwegen sowie Lärmschutzeinrichtungen, Baudurchführung: 31. 8. 1999 bis 30. 10. 2000
- B 221 – 5., Margaretengürtel (Fendigasse–Schönbrunner Straße): Ein kompletter Umbau der Gürtelfahrbahn wurde vorgenommen. Dabei kam es zu einem Abrücken der bestehenden Fahrbahn von der Bebauung und einer Verbreiterung und Neugestaltung des Vorlands inklusive der Pflanzung einer neuen Baumreihe und Errichtung eines neuen Gehwegs. Baudauer: Ende Jänner 1999 bis Ende August 2000

Neubeginne

- B 1 – 13., Wientalstraße Bereich Stampfergasse: Verbreiterung, Baudauer: 13. 6. 2000 bis 31. 8. 2000
- B 221 – 12., Gaudenzdorfer Gürtel (Schönbrunner Straße/Flurschützstraße): Umbau (Parkspur und Baumscheiben), Baudauer: 12. 7. 2000 bis 3. 9. 2000
- B 229 – 22., Rautenweg (Percostraße–B 302): Umbau (Bahnunterführung), Baudauer 11. 9. 2000 bis 10. 11. 2001

Erhaltungsarbeiten

- B 1 – 15., Linke Wienzeile (Kreuzung mit Stieggasse): Belagssanierung der Fahrbahn (Stauraum und Plateau), Baudurchführung: November 2000
- B 221 – Äußerer Gürtel in den Bezirken 15 bis 18.

Maßnahmen mit Gesamtbaukosten unter ATS 1 Mio. (Einzelmaßnahmen)

Stauraumsanierungen in Form von Konstruktionsverstärkungen in den folgenden Bereichen:

- B 3 – 22., Erzherzog-Karl-Straße ONr. 74 bis 88
- B 230 – 10., Laxenburger Straße ONr. 136
- B 230 – 23., Laxenburger Straße/Vorarlberger Allee

Örtliche Betonfeldsanierungen

- B 221 – Äußerer Gürtel im 12. Bezirk sowie weitere Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten (z. B. kleinere örtliche Betonfelderneuerungen, Arbeiten an Verkehrsleit- und Lärmschutzeinrichtungen und dergleichen) an diversen Bundesstraßen in verschiedenen Bezirken.

Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen, Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen B durchgeführt.

Brückenbau und Grundbau (MA 29)

Schwerpunkte der Tätigkeit

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 im Rahmen der Verfolgung des New Public Managements folgende Schwerpunkte gesetzt.

1. Organisationsneuerungen
2. Kontraktmanagement
3. Qualitätsmanagement nach ISO 9001
4. Controlling
5. Innovationen 2000
6. Bauwerksmanagement
7. Brückenbau – Schwerpunkte 2000
8. Grundbau – Schwerpunkte 2000

1. Organisationsneuerungen

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 auf organisatorischem Gebiet folgende Neuerungen durchgeführt:

- Bedingt durch das Kontraktmanagement wurde in der MA 29 ein Controller installiert, der für die Abteilung die Unterlagen und Daten zur Steuerung der Dienststelle aufbereitet.

2. Kontraktmanagement

Die MA 29 war eines der Pilotprojekte im Kontraktmanagement für das Jahr 2000. Bei der Kontraktbearbeitung war die Zielfindung für die Jahre 2000 und 2001 der mühsamste Teil, der sehr viel Aufwand benötigte. Doch gerade dieser Prozess war es, auf den es in Wirklichkeit ankam. Durch die fünf Dimensionen des Kontraktes, die Gesamtzielsetzung, die darin enthaltenen Kunden-, Leistungs-, Finanz- und Managementziele gibt die Dienststelle ein klar definiertes Angebot an die Auftraggeber ab, wenn es akzeptiert wird, soll dies letztlich auch der Existenzsicherung der Dienststelle dienen. Aus Sicht der MA 29 ist bei immer knapper werdenden Ressourcen und steigenden Anforderungen das Kontraktmanagement der einzige Weg in die Zukunft. Ein weiterer wichtiger Punkt im Kontrakt besteht darin, bestehende Rahmenbedingungen anzuführen und je nach Möglichkeit den zukünftigen Entwicklungen anzupassen. Die Veränderung von Rahmenbedingungen ist ein Prozess, der zumindest schrittweise Veränderungen bringen soll, vor allem wenn das Kontraktmanagement im gesamten Magistrat umgesetzt ist. So konnte im Rahmen des Kontraktmanagements im Berichtsjahr das Leitbild der MA 29 in einem gemeinsamen internen Prozess erstellt werden. Durch diese Vorgangsweise gelang es, dass das Leitbild von den MitarbeiterInnen positiv angenommen wurde und auch gelebt wird. Weiters wurde eine Mitarbeiterzufriedenheitsbefragung durchgeführt, die der Abteilungsleitung wertvolle Hinweise für weitere Verbesserungen und Steuerungsmöglichkeiten lieferte.

3. Qualitätsmanagement nach ISO 9001

Das im Jahr 1998 eingeführte Qualitätsmanagement (QM) welches mit der ISO-9001-Zertifizierung formal abgeschlossen wurde, bedeutet für die MA 29 eine interne Qualitätssicherung, wobei es für sämtliche Prozesse Verfahrensanweisungen gibt, die am Ende eventuelle Fehler analysieren lassen. Der gesamte Qualitätssektor wird im Kontraktmanagement durch das QM abgedeckt. Im November wurde das interne Audit 2000 durch einen externen Auditor sowie den internen Qualitätsmanager und seinen Stellvertreter durchgeführt. Im Zuge dieses Audits wurden Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt, aber keine Normwidrigkeiten festgestellt. Das interne Audit wurde daher positiv abgeschlossen.

In einem anschließend durchgeführten Management-Review, in dem die Erkenntnisse des Zertifizierungsaudits (1999) sowie des internen Audits 2000 einfließen, konnte eine positive Entwicklung des Qualitätsmanagements festgestellt werden. Im Jänner 2001 hat dann das für 2000 vorgeschriebene jährliche Überwachungsaudit durch die Zertifizierungsstelle ÖQS (Österreichische Vereinigung zur Zertifizierung von Qualitäts- und Managementsystemen) stattgefunden. Das positive Ergebnis berechtigt die MA 29 weiterhin als zertifiziert im Sinne der ISO 9001 zu gelten. Damit wurde auch ein wichtiger Kontraktpunkt erfüllt.

4. Controlling

Zur Kontraktevaluierung und um auftauchende Probleme durch ein Controlling frühzeitig selbst zu erkennen und im Sinne der Dienststelle rechtzeitig entgegenzusteuern, bzw. dienststellenintern ein Konzept zur Problemlösung erstellen zu können, wurde in der MA 29 ein interner Controller bestellt. Im Jahr 2000 wurden für die verschiedensten Produkte der MA 29 Kennzahlen formuliert und die dazugehörigen Daten gesammelt. Diese Datensammlung ermöglicht es nunmehr der Führungsebene, steuernd in die Arbeitsabläufe der MA 29 einzugreifen.

5. Innovationen 2000

In der MA 29 wurden im Berichtsjahr 49 Innovationen seitens der MitarbeiterInnen eingereicht, wobei seitens der Abteilungsleitung jede dieser Innovationen beurteilt und eine entsprechende schriftliche Stellungnahme dazu abgegeben wurde. Als wesentliche Innovation sei hier die Überlegung angeführt, Kanalleitungen der MA 30 nicht durch Unterdükerungen des Donaukanals, sondern in Form von Überleitungen bei vorhandenen Brücken zu führen. Diese Innovation hat zu Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe geführt sowie Behinderungen des öffentlichen Verkehrs und der Schifffahrt im gesamten Donaukanal verhindert.

6. Bauwerksmanagement

Da im Straßennetz Brücken, Tunnel und Verkehrsbauwerke wichtige Komponenten darstellen und der Ausfall solcher Bauwerke ganze Straßennetze unterbrechen und erhebliche Benutzerkosten verursachen kann, sind diese Ingenieurbauwerke verkehrssicher und dauerhaft zu erhalten. Um daher die Lebensdauer der Verkehrsbauwerke zu optimieren und den Instandhaltungsaufwand zu minimieren, findet in der MA 29 im Rahmen des Bauwerksmanage-



Die beiden Vizebürgermeister Grete Laska und DDr. Görg im Gespräch anlässlich der Ausstellungseröffnung „Wiener Perspektiven – ein Stadtbild verändert sich. 75 Jahre Luftbildfotografie der Landesbildstelle Wien“.

Foto: Ziegler / media wien

Die MA 29 – Brückenbau und Grundbau erhielt für ihr professionelles Qualitätsmanagement die Zertifizierung nach ISO 9001 zuerkannt.

Foto: Votava / PID





Der Stadtrat für Planung und Zukunft Vizebürgermeister DDr. Görg eröffnete am 6. März 2000 die „Planauskunft Wien“, eine gemeinsame Servicestelle der Magistratsabteilungen 21 A–C. Die Planauskunft ist erste Ansprechstelle zu allen Fragen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne und Verkaufsstelle für Pläne und Karten.

Foto: Votava / PID

Ende Oktober wurde das erste Teilstück der Wiener Südmumfahrung B3 zwischen den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt seiner Bestimmung übergeben.

Foto: Votava / PID



ments laufend ein direkter Erfahrungs- und Datenaustausch zwischen den MitarbeiterInnen der Bauwerksprüfung und der Brückenerhaltung statt. Die Brückenprüfungen dienen der Erfassung, der Dokumentation und der Bewertung des Erhaltungszustands der betreffenden Objekte. Erst durch die Prüfergebnisse kann der momentane Wert eines Objekts abgeschätzt werden. Die Entscheidung über den Zeitpunkt von Instandhaltungsmaßnahmen und ob gar Teile oder das gesamte Bauwerk ersetzt werden sollen, benötigt als Grundlage eine exakte Zustandsanalyse, welche die Bauwerksprüfung liefert. Aufbauend auf diese Daten werden in vernetzter Arbeit die optimalen Entscheidungen über die weiteren Erhaltungsmaßnahmen getroffen. Basierend auf dieser Vorgangsweise wurde im Jahr 2000 das Bauwerksmanagement betreffend die Verkehrsbauwerke der A 23 – Südosttangente zum Abschluss gebracht, wobei die Ergebnisse der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) zu einer langfristigen Budgetplanung dienen sollen. Weiters wurde damit begonnen, auch die Objekte im Zuge der B 221 – Wiener Gürtelstraße einem Bauwerksmanagement zu unterziehen. Als umfangreiches Aufgabengebiet im Rahmen des Bauwerksmanagements entwickelte sich auch die Erstellung von Verträgen betreffend die Führung von Einbauten (wie Lichtwellenleiter) der verschiedensten Firmen in den Wiener Brücken.

7. Brückenbau – Schwerpunkte 2000

Die MA 29 war im Berichtsjahr stets bestrebt, fachspezifische Aktivitäten im Brückenbau zu setzen und ihre Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz zu erledigen. Die Schwerpunkte des Baugeschehens in den jeweiligen Bezirken waren:

- **1. Bezirk: Ohmann'sche Wienflussverbauung**

Aufgrund ihres schlechten Bauzustands ist es unbedingt erforderlich, die Ohmann'sche Wienflussverbauung im Stadtpark komplett instand zu setzen. Dies beinhaltet die Instandsetzung sämtlicher künstlerischen Bauwerke und der Stützmauern sowie aller Stiegenanlagen von den Promenaden beiderseits des Wienflusses in den Stadtpark. Ebenso Bestandteil ist die Instandsetzung der vorhandenen Beleuchtung, des Entwässerungssystems und der Parkwege im Objektsbereich. Mit den Arbeiten wurde begonnen.

- **2. Bezirk: Augartenbrücke über den Donaukanal**

Im Zuge der Instandsetzungsarbeiten wurden die alten Gehwegkonstruktionen abgetragen und durch eine orthotrope Platte ersetzt. Weiters erfolgte eine Überarbeitung und Ergänzung der Brückenausrüstung sowie des Korrosionsschutzes und eine Erneuerung des Belags.

- **Schrägseilbrücke im Zuge der A 4 – Ostautobahn über den Donaukanal**

Instandsetzung des Tragwerks über der Widerlagerkammer inklusive Abdichtung, Dilatation und Betonfahrbahn.

- **Prater Hochstraße im Zuge der A 23 – Südosttangente**

Erneuerung der Brückenkonstruktion im Bestand unter Beibehaltung der alten Fundamente. Ausbildung der Brückenkonstruktion als Verbundtragwerk mit dicht geschweißten Stahlhohlkästen und Stahlbetonverbundplatten. Die Ausrüstung des Bauwerks erfolgte mit modernen Stahlbleitwandssystemen, Lärmschutzwänden und druckdichten Entwässerungssystemen inklusive zugehöriger Verbindungskanäle und Rückhaltebecken. Im Jahr 2000 erfolgte die Fertigstellung des Mittelstreifens inklusive der Brückenausrüstung – Beleuchtung, der Leiteinrichtungen – sowie die Komplettierung der Belagsarbeiten bei der Anschlussstelle Handelskai und dem Knoten Prater.

- **Hochstraße St. Marx Fly-Over**

Zwischen der Ausfahrt bzw. Auffahrt St. Marx und der A 4 erfolgte die Auswechslung der ca. 20 Jahre alten Dehnfugenkonstruktion. Für diese Arbeiten wäre eine wechselseitige Sperre von mindestens 2 Fahrstreifen mit Einführung eines Gegenverkehrsbereichs auf eine Dauer von 4 bis 5 Wochen notwendig gewesen. Um die Verkehrsbehinderungen auf ein Minimum zu reduzieren, wurde wieder das sogenannte Fly-Over eingesetzt. Dabei wird der Verkehr mittels einer Stahlbrückenkonstruktion ca. 2 m über der Fahrbahn geführt. Diese Maßnahme ermöglicht eine Arbeitsdurchführung unterhalb dieser Konstruktion unter Aufrechterhaltung aller 3 Fahrstreifen während der Reparaturarbeiten.

- **5. Bezirk: Margaretengürtelbrücke im Zuge der B 221 – Wiener Gürtelstraße über den Wienfluss und die U4**

Instandsetzung der Margaretengürtelbrücke in Koordination mit der Erneuerung der Fahrbahn des Margaretengürtels. Neuherstellung von Belag und Abdichtung sowie Auswechslung der Dehnfugenkonstruktionen. Verbreiterung des Tragwerks über der U4 und dem Wienfluss auf Seite Zentrum für die Führung eines neuen Radwegs.

- **6. Bezirk: Stützmauer Esterhazypark**

Beginn der Arbeiten betreffend die Instandsetzung von Teilbereichen der Stützmauer auf Seite Gumpendorfer Straße und Schadekgasse bzw. Neuherstellung im Bereich der Blümelgasse. Neuherstellung von Stiegenanlagen und Rampenanlagen sowie Gestaltung einer Freitreppe vor dem Fritz-Grünbaum-Platz.

- **10. Bezirk: Laxenburger Brücke**

Abtrag des gesamten Fahrbahnaufbaus und der Randstreifen bis auf das Rohtragwerk, Neuherstellung von verstärkten Randstreifenkonstruktionen mit integrierter Leitwand, sowie Erneuerung der gesamten Feuchtigkeitsabdichtung und der Beläge einschließlich der Brückenausrüstung. Erneuerung der Stiegenanlagen für den Anschluss des Firmengeländes bei Wagon Lits.

• **12. Bezirk: Wienerbergbrücke**

Für die Erweiterung des Bahneinschnitts zwischen den Bahnhöfen Meidling und Hetzendorf im Zuge der Errichtung des Lainzer Tunnels durch die HL-AG ist es notwendig, die Wienerbergbrücke und drei Einbautenstege neu herzustellen bzw. umzubauen. Die anschließenden Straßenplateaus müssen vor dem Abbruch der alten Brücke durch die MA 28 hergestellt werden. Mit den Arbeiten wurde Ende 2000 begonnen.

• **21. Bezirk: Nordwestbahnbrücke über die ÖBB im Zuge der B 3 – Donaustraße**

Instandsetzung der Brückenwiderlager inklusive Teilumbau sowie Ausbau und Erneuerung der Dehnfugenkonstruktionen. Weiters erfolgte eine Überarbeitung und Ergänzung der Brückenausrüstung, des Korrosionsschutzes und die Erneuerung des Belags inklusive der Abdichtung sowie der Umbau der Stahlquerträger.

• **22. Bezirk: Unterführung Rautenweg im Zuge der B 229 – Jedlersdorfer Straße**

Neuerichtung einer Straßenunterführung für die B 229 – Rautenweg unter der ÖBB. Das Unterführungsbauwerk wird mit drei aneinandergereihten Einfeldobjekten ausgebildet, die für jedes der drei Geleise eigenständige Tragwerke darstellen, um im Sanierungsfall zumindest jederzeit ein Gleis im Betrieb halten zu können. Aufgrund der Grundwasserstände wird die Unterführung als wasserdichte Wanne ausgeführt. Mit den Arbeiten wurde im Sommer 2000 begonnen.

8. Grundbau – Schwerpunkte 2000

Im Berichtsjahr 2000 wurde seitens des Fachbereichs Grundbau ein EDV-Programm namens „GEODE“ zur Eingabe von Baugrunddaten fertig gestellt. Dieses Programm gewährleistet eine systematisierte und normgerechte Eingabe der im Zuge von Baugrundaufschlüssen erfassten relevanten Daten und ermöglicht die plangemäße Darstellung von Bohrprofilen, Grundwasserpegeln und Brunnen. Gleichzeitig wird das Programm zur digitalen Eingabe der analogen Daten in den Baugrundkataster verwendet. Die mit GEODE eingegebenen Daten können in der Folge direkt in die elektronische Datenbank des Baugrundkatasters transferiert werden, von wo aus sie in Zukunft als Instrument der grundbautechnischen Beratung, der Landesgeologie sowie für den Parteienverkehr zur Verfügung stehen sollen.

Mit der Wiener Linien GmbH & Co KG wurden eine Reihe von Übereinkommen abgeschlossen, welche die grundbautechnische und geologische Mitarbeit im Wiener U-Bahn-Bau für die Erweiterung der Linie U1 zwischen Kagran/ Donauzentrum und Leopoldau zum Inhalt haben. Die umfassende Beratungstätigkeit der MA 29 – Fachbereich Grundbau, die seit 30 Jahren bislang innerhalb des Magistrats erfolgte, sowie die Nutzung der geologisch/geotechnischen Datenbank des Baugrundkatasters und des Aktenarchivs wird nun – nach Ausgliederung der Wiener Stadtwerke – in dieser Form zum sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Nutzen der Wiener optimal weitergeführt.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (MA 39)

Die Tätigkeiten der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien – MA 39 erstreckten sich im Jahr 2000 auf die Bereiche:

- Prüftätigkeit als akkreditierte Prüfstelle gemäß ÖNORM EN 45001 und Überwachungstätigkeit als akkreditierte Überwachungsstelle gemäß EN 45004 (akkreditiert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit [BMWA] gemäß Akkreditierungsgesetz und durch das Österreichische Institut für Bautechnik [OIB] gemäß Wiener Bauprodukten- und Akkreditierungsgesetz [WBAG])
- Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaus der Stadt Wien
- auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Bauprodukten für die österreichische Bauindustrie
- nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien, wie insbesondere der neu entstandenen Mitarbeit in den Sachverständigenausschüssen des Österreichischen Instituts für Bautechnik
- Einrichtung einer Zertifizierungsstelle
- Durchführung von Baustellenbetreuungen und Baustellen-Baustoffprüfungen

1. Prüftätigkeit und Überwachungstätigkeit als akkreditierte Prüf- und Überwachungsstelle

Im Geschäftsjahr 2000 konnte der Trend des Rückgangs der budgetmäßig vorgegebenen Einnahmen aufgehalten werden. Dies konnte insbesondere durch die vermehrte Baustellentätigkeit und den Wiedereinsatz der Brandversuchshalle sowie die größtenteils erfolgreich abgeschlossene Umstellung der Prüftätigkeit auf europäische Regelwerke im Bereich der bauphysikalischen Prüfungen erreicht werden.

Die MA 39 hat den bereits eingeschlagenen Weg der Anhebung von Qualitätssicherung auf Baustellen weiter ausgebaut. Im Zuge dieser Maßnahmen werden bereits in der Planungsphase in Form einer Konsulententätigkeit die Richtlinien für qualitätssichernde Maßnahmen festgelegt werden. Die Baustellenbetreuung bzw. Baustellenberatung von Großbaustellen im Wiener Raum, insbesondere im Bereich der Fassadensanierungen, wurde nun auch von Genossenschaften und privaten Bauträgern angenommen.

Im Bereich des Arbeitsgebiets Brand konnte ein völlig neu konzipierter Fassadenprüfstand erbaut werden, welcher nunmehr die Möglichkeit gibt, im Zusammenhang mit Projekten zur Thermischen Wohnhaussanierung auch große Dämmstoffdicken aus brennbaren Dämmstoffen zu prüfen. Gleichzeitig konnte durch Inbetriebnahme des neuen Fensterprüfstands ein wichtiges Prüfinstrumentarium für die österreichische Fensterindustrie sichergestellt werden.

2. Beratung technischer Dienststellen des Hoch- und Tiefbaus der Stadt Wien

Sowohl die gutachterliche Tätigkeit als auch die beratende Tätigkeit der MA 39 bei Projekten der Stadt Wien wurde wie auch im Vorjahr ausgeweitet; insbesondere bei kommenden Großprojekten und Sanierungen wurde die MA 39 in fachlicher Hinsicht zugezogen.

Für die Beratung der Dienststellen hat die MA 39 eine Bauschadensdatenbank eingerichtet, die zukünftig von den Dienststellen via Intranet verwendet werden soll.

Mit dem System der Baustellenbetreuung, beginnend in der Planungsphase, werden qualitätssichernde Maßnahmen in die Ausschreibung integriert und im Sinne von umfassendem Controlling auch während der Bauphase durchgeführt werden. Endziel dieser Maßnahme ist eine gesicherte Erfüllung der Ausschreibungsvorgaben mit Hilfe statistischer und qualitätssichernder Prüfparameter.

3. Auftragsgebundene Entwicklungsarbeit an Baustoffen und Baukonstruktionen

Die MA 39 weist in ihrer Auftragsstruktur jährlich einen Schwerpunkt an Entwicklungsarbeit für Baustoffhersteller auf. Diese Forschungstätigkeit ist als nicht geförderte Forschung anzusehen und beträgt in etwa 10 % der Gesamteinnahmen.

Mit Hilfe dieser auftragsgebundenen Entwicklungs- und Forschungstätigkeit können auch die Fachdienststellen profitieren, da auch speziell über die Vortragstätigkeit der Verwaltungsakademie in Zukunft versucht werden soll, diesen Wissensgewinn weiterzuleiten. Die umfangreiche Tätigkeit in Normenausschüssen und bei Richtlinien ist für den Auftragsstand der MA 39 und für die technische Kompetenz in Richtung der Akkreditierungsbehörde von wesentlichem Einfluss.

Speziell die in den letzten Jahren sich stärker am Markt etablierenden Gütezeichen werden nun auch von der MA 39 intensiv betreut. An die Einführung eines Zeichens WIEN-ZERT in Zusammenhang mit freiwilligen Zertifizierungen durch die Zertifizierungsstelle wird gedacht.

4. Nationale und internationale Arbeit bei verschiedenen Gremien sowie Vortragstätigkeiten

Im Jahr 2000 konnte erstmals im größeren Rahmen ein Seminar zum Fachthema Wärmedämmverbundsysteme abgehalten werden. Neben dem rein fachlichen Erfolg – nachweisbar durch die zahlreichen Wünsche zur Wiederholung – sei an dieser Stelle auch der wirtschaftliche Erfolg derartiger kostenpflichtiger Seminare hervorgehoben.

Im Gremium des österreichischen Spiegelausschusses zur Advisory Group werden unter dem Vorsitz des Leiters der MA 39 die Rahmenbedingungen und die erforderlichen Nachweise für die Zertifizierung von Baustoffen – als wesentliche Voraussetzung für die Vergabe des CE-Zeichens – erarbeitet.

5. Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der MA 39

Mit Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie in Österreichisches Recht und der damit verbundenen Möglichkeit der Einführung eines CE-Kennzeichens (nach Herausgabe der harmonisierten europäischen Normen) ist in Österreich massiver Handlungsbedarf für eine Zertifizierungsstelle gegeben.

Die MA 39 hat nach umfangreichen Vorgesprächen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie dem OIB den Entschluss gefasst, für die Kunden der MA 39 die Möglichkeit einer Zertifizierungsstelle mitanzubieten. Das Akkreditierungsverfahren hierzu wird voraussichtlich im Jahr 2001 abgeschlossen werden können.

Stadtvermessung (MA 41)

In ihrer Aufgabe als interne Dienstleisterin der Stadtverwaltung betreut die Stadtvermessung vor allem die Bereiche Verwaltung, Planung und Bauausführung. Die Abteilung ist nach dem Fachbereichen der Vermessungstechnik in die **Dezernate Ingenieurgeodäsie** mit den Referaten Allgemeine Vermessung, Nivellement, Baustellenvermessungen, **Liegenschaftsgeodäsie** mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen sowie **Kartographische Geodäsie** mit den Referaten Mehrzweckkarte, Luftbildauswertung und Kartographie gegliedert. Zusätzlich bestehen als Einzelreferate Kanzlei, Archiv und Interne Dienste. Im Zuge einer Umorganisation und des vermehrten Einsatzes von CAD-Techniken konnte das Referat Technisches Zeichnen eingespart werden.

Schwerpunkte der Arbeit bildeten die vermessungstechnische Betreuung der städtischen Bauvorhaben und des städtischen Liegenschaftsmanagements. Nähere Informationen über das Aufgabengebiet der Abteilung und Produkte, die, wie die Stadtkarte, auch nach außen abgegeben werden, sind über Internet verfügbar: <http://www.wien.gv.at/ma41/>.

Einen weiteren Schritt bei der Einführung neuer Managementmethoden bildete die Teilnahme am Pilotprojekt MitarbeiterInnenorientierungsgespräch (MOG). Es wurde mit der Schulung der Gesprächsführenden begonnen. Im Rahmen des New Public Management soll das MOG helfen die Motivation, die Effizienz und die Kundenzufriedenheit zu fördern.

Im EDV-Bereich konnten einige Verbesserungen erzielt werden: Durch Anschaffung von 8 Intergraph-Stationen, die die seit über 10 Jahren in Verwendung stehenden CV-Workstations ersetzen, und Umstellung der Luftbildauswertung auf Windows-NT erfolgt nun die Produktion der digitalen Stadtkarte mit einem einheitlichen EDV-System. Neben dem Upgrade etlicher Arbeitsplätze auf GIS-Fähigkeit wurden je ein neuer CAD- und GIS-Arbeitsplatz eingerichtet.

Bei der **vermessungstechnischen Betreuung von städtischen Bauvorhaben** durch das im Dezernat Ingenieurgeodäsie eingerichtete Referat Allgemeine Vermessungen sind folgende Arbeiten hervorzuheben:

- Absteckungsarbeiten für den Rechten und Linken Hauptsammelkanal entlang des Donaukanals für die Renovierung der Urania und das Geriatriezentrum Favoriten
- Baukontrollmessungen anlässlich der mittels Rohrpressung von der MA 31 vorgenommenen Wientalquerung und zur Sicherung der U-Bahn-Stützmauern beim Bau der städtischen Hauptbibliothek
- Einmessung der genauen Lage der Abwasserkanäle im 1. Bezirk für das Kanalinformationssystem der MA 30
- Lage- und Höhenpläne als Projektgrundlagen für die Verbreiterung der A 2 – Südeinfahrt, für die Erweiterung des Knotens Wien Prater der A 23, für die Begleitstraßen der S7 – Flughafenschnellbahn
- Bestandspläne für die Pflegeheime Baumgarten und St. Rochus, die Semmelweis-Klinik und Teile des Lainzer Tiergartens
- Pläne über die Lage der unterirdischen Einbauten für das Projekt Verlängerung der U1, Messung von Höhenprofilen für einen verbesserten Hochwasserschutz im Bereich Freudenufer-Alberner Hafen
- Messungen für den Denkmalschutz im Stadtpark und am Schottenring und für die Feuerwache am Hof
- Einmessungen von stadttarchäologisch wertvollen Objekten für den Kulturgüterkataster, z. B. die Stadtmauerreste bei der Coburgbastei und die Fundamente der alten Hütteldorfer Pfarrkirche
- Weiters waren 135 vermessungstechnische Gutachten nach dem Veranstaltungsstättengesetz und betreffend verkehrsrechtlicher Bestimmungen sowie für Apothekenstandorte auszuarbeiten.

Mit einer Überarbeitung des gesamten Höhenfestpunktfelds, das im Referat Nivellement 6.300 in der Natur stabilisierte Festpunkte umfasst, wurde begonnen. Zugleich wurde ein Gesamtausgleich für ganz Wien, der nun erstmals nach Ankauf einer entsprechenden Software möglich ist, vorbereitet.

Das Referat Baustellenmessung war überwiegend im U-Bahn-Bau eingesetzt. Vor der Eröffnung der U3 – Verlängerung waren noch abschließende Messungen im Bereich der Bauabschnitte U3/19 (Gasometer) – U3/22 (Simmering – Ostbahn) vorzunehmen. Anlässlich der Errichtung der neuen Wendeanlage Karlsplatz waren die Auswirkungen des Baugeschehens auf das Wienflussgewölbe und das Musikvereinsgebäude durch tägliche Präzisionsmessungen zu beobachten. Für die Umbauarbeiten an der Stammstrecke der U2 erfolgten Einbauteneinmessungen und baubegleitende Kontrollmessungen. Neben diesen Arbeiten waren Messungen auf den Baustellen Donaucity, B 3 (Donaufeld), Unterführung Rautenweg und Gaswerksteg vorzunehmen.

Hauptaufgabe des Dezernats Liegenschaftsgeodäsie ist die **vermessungstechnische Betreuung des städtischen Grundeigentums**. Dies geschieht vorwiegend durch Grundteilungen und Grenzfeststellungen.

Um ein Abteilungsverfahren oder ein Verfahren zur Festlegung von Grundstücksgrenzen durchführen zu können, ist die Verfassung von Lage- bzw. Teilungsplänen erforderlich. Diese Pläne werden zur Abdeckung von Bedarfsspitzen vom Eigenpersonal dieses Dezernats erstellt, wobei Vermessungsarbeiten für die Festlegung der Grenzen des Nationalparks Lobau, für die Abgrenzung des Lainzer Tiergartens, dessen Mauern neu errichtet werden müssen, und für die I. Hochquellenleitung im Bereich der Gemeinde Gainfarn besonders hervorgehoben werden sollen. Der Großteil der Vermessungsarbeiten wird jedoch an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben, die nach dem Liegenschaftsteilungsgesetz neben der MA 41 alleine befugt sind, von der Vermessungsbehörde anerkannte Grenzvermessungen durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird auf die EU-weite Ausschreibung der Erstellung von Teilungsplänen für eine größere Anzahl von städtischen Wohnhausanlagen hingewiesen, die durch die Ausgliederung von Wiener Wohnen aus dem Verband der Magistratsabteilungen erforderlich war. Diese Vermessungen bringen den Mietern der Wohnhausanlagen insofern mehr Transparenz, weil nunmehr als Grundlage für Kostenberechnungen genauere Ausmaße der Grundflächen zur Verfügung gestellt werden können. Ähnlich verhält es sich bei den für die U-Bahn erstellten Teilungsplänen, mit denen jene von den U-Bahnen benötigten Grundflächen von der Stadt Wien in das Eigentum der Wiener Linien übertragen werden. Mit einer weiteren Anzahl von Teilungsplänen werden die Voraussetzungen für den Verkauf von Kleingärten an die Pächter geschaffen. Da gerade diese Pächter einen raschen Kauf anstreben, für den das Abteilungsverfahren eine Voraussetzung ist, trachtet dieses Dezernat Verwaltungsakte durch periodisch abgehaltene Koordinierungsbesprechungen zu beschleunigen.

Weiters wurden auf Anregung des Dezernates Liegenschaftsgeodäsie wieder zwei Bezirksgrenzänderungen einer gesetzlichen Regelung zugeführt, und zwar mit den Landesgesetzen:

* Landesgesetz 6. Stück vom 24. Jänner 2000, Grenze zwischen dem 3. und 10. Bezirk im Bereich der Arsenalstraße

* Landesgesetz 44. Stück vom 11. September 2000, Grenze zwischen dem 3. und 11. Bezirk im Bereich Urschenböckgasse–Litfaßstraße

Hauptaufgabe des Dezernats Kartografische Geodäsie ist **Herstellung und Vertrieb der städtischen Kartenwerke**, insbesondere der **digitalen Mehrzweckkarte (MZK)**. Hier konzentrierte man sich weiter auf Kundenorientierung und den Einsatz innovativer Technologien. So wurden an Kundenwünsche angepasste Produkte hergestellt und der direkte Datenzugriff über Internet vermehrt angeboten.

Vom Referat Luftbildauswertung wurden zur Aktualisierung der MZK in 518 Blättern 1:1000 die aus den Bildflügen ersichtlichen Veränderungen festgestellt und zur kartografischen Bearbeitung übergeben. Sonderauswertungen und Luftbildinterpretationen erfolgten vor allem für die Magistratsabteilungen 21, 37, 49 und das Kontrollamt.

Die vom Referat Mehrzweckkarte vorgenommenen terrestrischen Vermessungen zur Aktualisierung der MZK umfassten Straßenbereiche über eine Länge von rund 1.000 Kilometern, dargestellt auf 344 Blättern 1:1000.

Nach Einarbeitung der Luftbildauswertungen und der Straßenvermessungen im Referat Kartografie konnte die Aktualität der MZK weiter verbessert werden. Wiesen am Jahresende 1998 noch 45 % der Kartenblätter einen Stand älter als 3 Jahre auf, so waren dies Ende 2000 nur mehr 19 %.

Neben diesen Evidenthaltungen für die MZK waren von den Kartografen an digitalen Arbeiten die Bebauungsfolie mit insgesamt 1.455 Blättern 1:1000 auf den letzten Stand zu bringen sowie spezielle Bezirkspläne, Kartengrundlagen für die Parkraumbewirtschaftung, die Müllgefäßstandplätze und das Landschaftsschutzgebiet Hernals herzustellen. Analoge kartografische Arbeiten sind weiter stark zurückgegangen.

Die im Vorjahr eingerichtete zentrale Kartenvertriebsstelle konnte zufolge einer erfolgreichen Nutzerbetreuung trotz Senkung der Kartenverkaufspreise die Gesamteinnahmen von ATS 87 Mio. im Vorjahr auf ATS 117 Mio. steigern.

Im Planarchiv wurde Ende 2000 die im Zuge der Umstellung auf ein digitales Planinformationssystem erforderliche Ersterfassung der Archivbestände abgeschlossen. Nach Abschluss des Probebetriebs werden diese Informationen über Intranet verfügbar sein.

Fachliche Kontakte werden laufend über Mitwirkung bei den maßgeblichen nationalen und internationalen Stellen gepflegt. Hervorzuheben sind dabei gemeinsame innovative Projekte mit dem Institut für Photogrammetrie und Fernerkundung der TU Wien. Dazu zählen die Herstellung von digitalen Gelände- und Bebauungsmodellen über Laserscanning und Schneemassenermittlungen in Quellschutzgebieten.

Im Österreichischen Normungsinstitut führt die Abteilung den Vorsitz im Fachnormenausschuss 084-Vermessung und Geoinformation und in dessen Arbeitsgruppe 084-AG 01. Dabei wurde wesentlich mitgewirkt bei der Neuauflage der ÖNORM A2250-Vermessungspläne, Planliche Darstellung des Bestandes und der Ausarbeitung der ÖNORM A2261-3-Objektschlüsselkatalog für den digitalen Austausch von Geodäten-Leitungskataster.

Gegenüber dem Vorjahr ist mit 2.362 neuen Geschäftsstücken die Anzahl der Anforderungen etwas zurückgezogen. Obwohl ein wesentlicher Anteil der Vermessungsleistungen vom Personal der Abteilung erledigt werden konnte, mussten Aufträge im Ausmaß von ATS 33 Mio. nach außen vergeben werden.